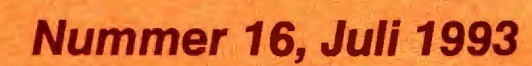
ZECK

Kost nix!

Das Info aus der Flora

Nummer 16, Juli 1993


Das Info aus der 
Nummer 16, Juli 1993

Inhalt :



KONTAKT:
ZECK
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
~~2000~~ Hamburg
20357 → iiih!

EIGENTUMSVORBEHALT:

Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Entscheidung zur Flora erst nach der Wahl !

Der Referent von Traute Müller, Andreas Rieckhoff, hat auf Anfrage gesagt, daß der Senat und die Bürgerschaft nicht vor den Bürgerschaftsneuwahlen am 19. September eine Entscheidung zur Flora treffen werden.
Das sich der Senat jetzt so viel Zeit läßt zeigt seine Unfähigkeit und die seiner Behörden auf! Knapp 1 Jahr ist es her, als das "Verhandlungsultimatum" von Traute Müller in der Flora ankam. Damals hieß es, es müsse alles ganz schnell gehen - bis Ende September '92 sollte eine Einigung zwischen NutzerInnen der Roten Flora und der STEB erzielt sein.
In der Flora wurden große Anstrengungen unternommen um die Gespräche zu bewältigen. Ein 2. Plenum wurde eingerichtet. Die Menschen, die unmittelbar an den Gesprächen beteiligt gewesen sind, hatten faktisch jeden Tag damit zu tun. Diese Mehrbelastung der Verhandlungen hat viele Leute neben ihrem Alltag und übrigen Privaten und Politkram überanstrengt und ausgepowert, so daß sich einige vom Plenum zurückzogen.
Diese erste Frist wurde von der STEB (gnädigerweise) um 4 Wochen verlängert (bis Ende November'92). Dem Senat und der Bürgerschaft wird letztendlich ein STEB-Vorschlag zur Abstimmung vorgelegt werden, der so nicht mit den Flora-NutzerInnen ausgehandelt worden ist ("Strenge-Vorschlag"). Dann wurde es still um die STEB. Im Februar, 7 Monate nach Verhandlungsbeginn, meldete sie sich wieder mit der Forderung nach einem Substanzgutachtens des Gebäudes durch Behördenbeauftragte. Andreas Rieckhoff, der Traute Müller-Büttel rief mehrmals vollkommen aufgelöst in der Flora an und sagte, wenn die Flora zulange zögert, ob und wie sie das Gutachten will, dann schmeißt er (und damit auch die STEB) den ganzen Kram hin und alles sei für die Katz'gewesen.
Seit dem Substanzgutachten ist Funkstille. Ein Entscheidungstermin wurde im April angesetzt, dann auf Mai verlegt. Jetzt ist die Entscheidung auf die Zeit nach der Wahl verschoben.

Bewegung 2. Juni ?

Zu den Ereignissen im Schanzenviertel.

Der folgende Text ist ein Versuch, die Ereignisse Anfang Juni etwas genauer darzustellen. Dabei sind wir uns der Problematik bewusst, daß er an einigen Stellen nach "abfeiern" klingt.

Am 2.6. hatten mehrere linke türkische Gruppen zu einer Kundgebung auf dem Rathausmarkt anläßlich der rassistischen Morde in Solingen aufgerufen. Parallel dazu waren viele türkische Geschäfte an diesem Tag geschlossen, es wurde dazu aufgerufen, von Arbeit und Unterricht fernzubleiben. Der Rathausmarkt war zu einem drittel abgesperrt (Bannmeile). Ab 12 Uhr füllte sich der Platz mit mehr und mehr Menschen, bis sich schließlich ca. 5000 DemonstrantInnen auf dem Platz befanden. Es wurden viele Redebeiträge von ausländischen Gruppen gehalten, u.a. auch vom Vorsitzenden der Roma und Cinti-Union und türkischen GenossInnen. Tenor: Es sei Zeit sich zu organisieren und zurückzuschlagen.

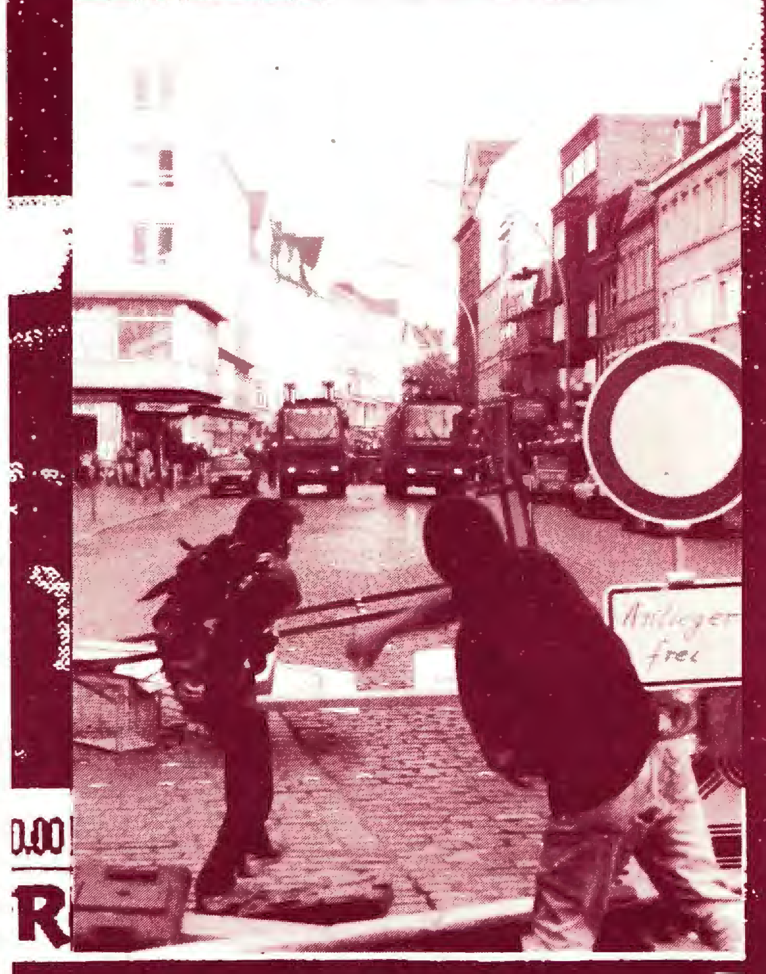
Die Demoleitung enschied sich nach der Kundgebung zu einem spontanen Demonstrationszug durch die Innenstadt zur Ausländerbehörde an der Amsinckstraße mit einem geplanten Abschluß vor dem Volkshaus an der Feldstraße.

In der Nähe vom Hauptbahnhof, an der Einmündung zur Amsinckstraße, flogen die ersten Steine auf Bullen und verletzten eine Passantin am Kopf, nachdem in der Mönckebergstraße schon vereinzelt Steine auf Schaufensterscheiben geworfen wurden. Der Demonstrationszug zog weiter an der Ausländerbehörde vorbei, die durch mehrere Bullenreihen abgeschirmt wurde. Die Wut einiger türkischer Jugendlicher entlud sich zuerst in Steinwürfen auf die Bullen, danach wurden die Spaldingstraße hinunter Fensterscheiben bei Läden und Restaurants eingeworfen und einige Autos demoliert. Die Polizei verstärkte mittlerweile ihre Präsenz durch das Aufziehen eines Spaliers. Schließlich ging es zurück, am Hauptbahnhof vorbei. An der Kreuzung Jungiusstraße/Gorch-Fock-Wall kam es zur Festnahme einer Jugendlichen wegen eines angeblichen Steinwurfs. Die Demo beschloß, solange zu warten, bis die Frau freigelassen werden würde. Nach längerem Warten wurde dann aber doch weitergegangen.

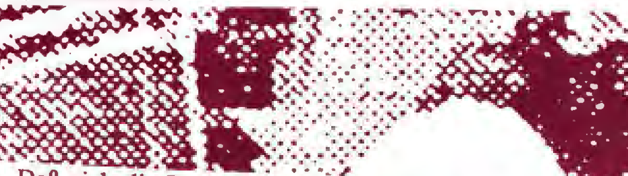
An der Rentzelstraße beim Fernsehturm versperrten Bullenketten den Weg, worauf sie mit Steinen angegriffen wurden. Es kam zu einem heillosen Durcheinander, als die Bullen in die Menge stürmten und hineinknüppelten. Die Demo wurde gespalten, ein Teil nahm den Weg über die Lagerstraße, der andere Teil ging über die Karolinenstraße zum Neuen Pferdemarkt, wo die Kreuzung blockiert wurde.

Nach einiger Zeit fuhren die ersten Wasserwerfer auf, und die Bullen bereiteten sich darauf vor, die Kreuzung wieder frei zu machen.

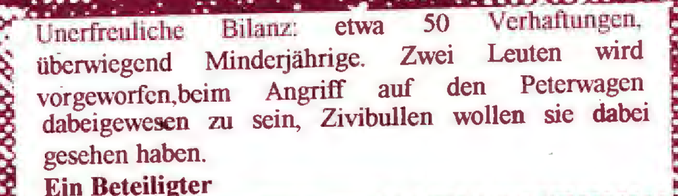
Aus dieser Situation heraus entwickelte sich eine Straßenschlacht im Bereich Neuer Pferdemarkt/Schanzenstraße. Die Bullen wurden mit Flaschen und Steinen beworfen, während sie die Demonstranten mit den Wasserwerfern nach und nach immer weiter in Richtung Schanzenstraße/Schulterblatt trieben. Die Demo wurde durch das Schulterblatt getrieben, und weiter bis zur Altonaer Straße. Die versprengten Demonstrantengrüppchen sammelten sich dann wieder an der Ecke Schanzenstraße/Schulterblatt. Die Bullen zogen sich zunächst wieder Richtung Neuer Pferdemarkt zurück, was dazu genutzt wurde, Barrikaden auf der Kreuzung und an anderen Stellen zu bauen. Die Schanzenstraße wurde an der Ecke Bartelstraße mit einer brennenden Barrikade abgesperrt, für etwa 2 Stunden war dieser Bereich "No-go" für die Bullen.



Nachdem die Wasserwerfer aufgetankt waren und die Bullen Verstärkung bekommen hatten, wurden die Barrikaden weggeräumt und der Kern der DemonstrantInnen das Schulterblatt Richtung Flora getrieben. Bei der Flora wurde von einigen Leuten noch eine Barrikade aus Sperrmüll angezündet, die aber für die Wasserwerfer kein Hindernis darstellte. Die DemonstrantInnen wurden weiter in angrenzende Straßen vertrieben. einige Leute im städtischen Flora-Parkersatz verhaftet und die Flora selbst mit einer Hundertschaft umstellt und belagert. Direkt vor der Eingangstür standen zwei Wasserwerfer. Die Bullen ließen verlauten, daß sie jeden verhaften wollen, der aus der Flora kommt, weil sich angeblich Gewalttäter dort hineingeflüchtet hätten. Über 2 Stunden war die Flora belagert, drumherum standen etwa 300-400 Leute. Als sich immer mehr Leute auf die Treppen vorm Eingang setzten, wurden die Türen einfach wieder aufgemacht und die Leute gingen ein und aus. Nach einiger Zeit zogen sich nach und nach auch die Bullen wieder zurück, weil sich "die Lage beruhigt" hätte. Dafür wurde das Viertel mit ca. 50 Zivibullen zugeschissen, die in dummdreister Weise auf dem Schulterblatt rumlungerten. Als es auch noch zu regnen anfing, verzogen sich die Menschen von der Straße und tranken nach getaner Arbeit in irgendwelchen Kneipen ihr Feierabendbier.

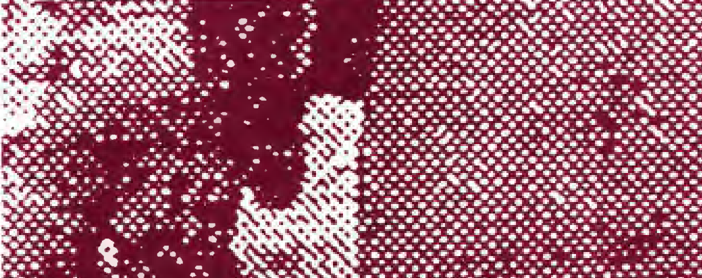


Daß sich die Lage nicht ganz beruhigt hatte, zeigt ein Angriff auf einen Bullenwagen in Altona. Barrikaden am Hafen und vor der Fabrik in Altona, Entglasungsaktionen in der Osterstraße, sowie Angriffe auf Banken.



Unerfreuliche Bilanz: etwa 50 Verhaftungen, überwiegend Minderjährige. Zwei Leuten wird vorgeworfen, beim Angriff auf den Peterwagen dabeigewesen zu sein, Zivibullen wollen sie dabei gesehen haben.

Ein Beteiligter





Pigs beim Plenum

Anmerkungen und Einschätzung

Von Anfang an lag die Initiative bei den Jugendlichen, die ihre Wut zum Ausdruck brachten. Die autonomen Gäste auf der von türkischen Gruppen organisierten Demo waren von der ziel- (irgendwelche Fensterscheiben) und verantwortungslosen (unvermummt, Würfe aus der 20. Reihe) Militanz überrascht und angenervt. Erst direkt im Schanzenviertel veränderte sich dieses Bild, mehr und mehr Szenevolk beteiligte sich an den Auseinandersetzungen, wobei auch hier mehr von jüngeren Leuten ausging. Viele starrten staunend auf das Geschehen und begriffen gar nicht so recht, was gerade abgeht und wie und warum sich die ganze Situation so entwickelt hatte. Die Autonomen waren an diesem Tag Trittbrettfahrer des Aufruhrs.

Die Ereignisse am 2. Juni haben sich nicht aus einer Stimmung und Diskussionen heraus entwickelt (wie es z.B. bei den Barries am Hafen und den phantomentalen Tagen war), sondern kamen unvermittelt. Es ist derzeit nicht so, daß es eine Wut und Entschlossenheit unter uns gibt, die Stimmung ist bei großen Teilen eher von Ratlosigkeit und ohnmächtiger Wut, vor allem angesichts der rassistischen Mobilisierung in der Gesellschaft, geprägt. Wir sind nur noch selten in der Offensive, in der Regel reagieren wir.

So waren auch die "Straßenschlachten" am 2. Juni eine Reaktion zum einen auf das Verhalten der Bullen, zum anderen auf die von den "Jugendlichen" geschaffene Situation.

Genausowenig, wie die Auseinandersetzungen in Bezug zu vorherigen Ereignissen zu setzten sind, werden sie auch keine Auswirkungen und Konsequenzen für die Zukunft haben, oder etwas Einschneidendes in der Stimmung der linksradikalen Szene verändern.

Wichtig wäre es jetzt, da der 2. Juni uns noch einmal gezeigt hat, wie konfus wir in vielen Dingen sind, eine genauere Bestandsaufnahme unserer momentanen Poltik zu machen und eine Diskussion über neue Aktionsformen zu führen, um daraus eine neue Praxis zu entwickeln.

ZECK



Nummer 16, Juli 1993

Im folgenden dokumentieren wir in Auszügen das Flugblatt "Faschist im Schanzenviertel" und haben dann einen Text reingenommen, der die Aktion am 11.6. beschreibt und versucht, die anschließende Diskussion darüber widerzuspiegeln.

Faschist im Schanzenviertel

Henry Fiebig, Juliusstr.20, 3. Stock, 2000 HH 36
Tel.: 438743
Seit die Neubauten in der Juliusstr. bezogen wurden, wohnt Fiebig in der Juliusstr. 20 im 3. Stock. Aufgefallen ist er bei dem Faschistenaufmarsch in Bayreuth im August 1991 (Hess-Gedenkmarsch). Er trug dort mit dem bekannten faschistischen Funktionär Scholz das Emblem der "Nationalen Offensive".
Vor seinem Umzug lebte er mit Scholz im Karoviertel. Fiebig wurde mehrfach mit Scholz, Willi Wegner und anderen Faschisten auch im Schanzenviertel gesehen. Es ist davon auszugehen, daß er in militante faschistische Strukturen eingebunden ist.
Fiebigs ehemaliger Mitbewohner Scholz gehört seit spätestens Mitte der 80er Jahre zum Kern der militanten Nazi-Szene (ANS/NA, HNG, FAP, NO). Er war unter anderem 1985 auf der Hitler-Geburtstagsfeier in Mainz, einem der wichtigsten jährlichen Treffen der militanten Nazi-Führungscliquen.
Im Herbst 92 zog Scholz zum stellvertretenden NO-Führer Willi Wegner nach HH-Horn (Beim Pachthof 6 HH-74).

DIE NATIONALE OFFENSIVE (NO) IM BRAUNEN NETZ

Seit Anfang der 70er Jahre wurde von vorwiegend jungen Anhängern des Nationalsozialismus das Netz einer militanten Kaderorganisation aufgebaut. Ausgangspunkt war die NSDAP/AO (AO=Auslandorganisation) in den USA. Zielsetzung ist zunächst die Legalisierung der NSDAP propagandistisch vorzubereiten und im Untergrund die Strukturen dieser Partei aufzubauen. Michael Kühnen war der bekannteste Vertreter dieser Organisation. Mit der von ihm gegründeten ANS/NA konnte zum ersten Mal nach 1945 eine militante Nazi-Organisation bundesweit agieren. Nach dem Verbot 1983 arbeitete die "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) Kühnens durch Unterwanderung der FAP oder in jeweils neugegründeten Organisationen weiter, zum Beispiel in der Nationalen Liste (NL) Hamburg.
Übelster Rassismus, Antisemitismus und Militarismus gehören zu den Grundaussagen dieser Nazis in Wort und Tat. Ihre Zielsetzung, die Sraße zu beherrschen, setzen sie in Aufmärschen und Terror gegen ihre erklärten Feinde um: AusländerInnen, Linke, Frauen und Lesben, Schwule, DemokratInnen. Bei den Progromen in Rostock organisierte Christian Worch von der NL im Hintergrund. Diese Nazis haben auch als Erste entsprechende faschistische Strukturen in den neuen Bundesländern aufgebaut.
Die NO wurde 1990 von Teilen der ANS/NA bzw. der FAP gegründet. Sie will als weitere Kaderorganisation der militanten Nazi-Szene partei- und fraktionsübegreifend für das "nationale Lager" arbeiten. Im Dezember 92 wurde die NO verboten. Wie gehabt, bei Verboten von Nazi-Organisationen agierte die NO in anderen Organisationen weiter.

Die Zugehörigkeit Fiebigs zur militanten Nazi-Szene ist eindeutig. Auch wenn über ihn bisher noch nicht viel bekannt ist, belegt der enge und fortgesetzte Kontakt zu den hochrangigen Nazi-Funktionären Scholz und Wegner die Brisanz seines bisher unbehelligten Wohnens im Schanzenviertel.
Die Nähe zu Treffpunkten von u.a. linken Gruppen, MigrantInnen, Lesben und Frauengruppen, Schwulen macht diesen Zustand unhaltbar. Unhaltbar deshalb, weil diese Gruppen erklärte GegnerInnen und konkrete Angriffsziele der Faschisten sind. Fiebigs Wohnen hinter der Roten Flora ist für die militant organisierten Faschisten nutzbar.



Wir müssen mit vielfältigen Aktionen dafür sorgen, daß dieser Faschist aus dem Schanzenviertel verschwindet. Ähnlich,, wie bei den Aktionen gegen die FAP-Geschäftsstelle in Halstenbek müssen wir eine Mobilisierung aufbauen.

Nirgendwo dürfen Faschisten unbehelligt bleiben!!

Zur Kundgebung gegen Fiebig

Am Freitagnachmittag, dem 11.6.93 wurde durch dieses Flugblatt ("Faschist im Schanzenviertel") bekannt, daß der Faschist Henry Fiebig in dem Neubau Juliusstr. 20, 3. Stock wohnt.
Fiebigs Verbindungen zu militant-faschistischen Kadern zeigen, daß er kein "irregeleiteter jugendlicher Einzeltäter", sondern eingebunden in militant-faschistische Strukturen und somit mitverantwortlich für die rassitischen Pogrome ist.
Gerade in der momentanen Situation, nach den Morden von Solingen und der nicht endenden Anschlagsserie in der gesamten BRD, wollten verschiedene Menschen aus dem Schanzenviertel nicht wegsehen, als bekannt war daß sie einen Faschisten vor der Nase wohnen haben. Auf einem kurzen Treffen wurde beschlossen, vor dem Haus eine Kundgebung zu machen, um sein Wohnen im Schanzenviertel öffentlich zu machen. Es war schnell klar, daß Fiebig und Scholz in der Wohnung waren. Die Stimmung bei den TeilnehmerInnen der Kundgebung schwankte zwischen Unsicherheit und Wut.
Während auf der Straße das Flugblatt vorgelesen wurde und im Haus Fiebigs Wohnungstür aufgebrochen wurde, bedrohte Fiebig die TeilnehmerInnen der Kundgebung auf der Straße mit einer abgesägten Schrotflinte und fing an, mit Signalmunition in die Menge zu schießen. Es beteiligten sich immer mehr NachbarInnen an der Kundgebung, die in sicherem Abstand auf der Straße vor dem Haus weiterging.
Die Bullen, von einer Nachbarin gerufen, ließen sich enorm viel Zeit. Es vergingen ca. eineinhalb Stunden, bis Fiebig und Scholz von MEK-Bullen aus der Wohnung geholt wurden.
Fiebig und Scholz wurden ED-behandelt und bereits am nächsten Morgen wieder freigelassen, obwohl laut Zeitungsberichten u.a. Waffen, fertige Brandsätze, Materialien zur Herstellung von Sprengsätzen, sowie umfangreiches Propagandamaterial gefunden und beschlagnahmt wurden. Eine Pressemitteilung der Bullen dazu gab es nicht. Seit seiner Freilassung am 12.6. steht Fiebig, wenn er sich denn in's Viertel traut, quasi unter Bullenschutz, da in seiner Nähe permanent Zivilbeamte der 16 E-Schicht herumlungern.
Uns ist ja bekannt, daß z.B. Faschoaufmärsche von den Bullen immer wieder geschützt und oftmals gleichzeitig antifaschistische Gegendemos von ihnen angegriffen werden; daß aber ein Faschist, der skrupellos auf Menschen schießt und in einer Zeit, in der jeden Tag rassistische (Brand-)Anschläge auf MigrantInnen verübt werden, fertige Brandsätze in seiner Wohnung hat (was heißen kann, daß er in konkreten Aktionsvorbereitungen steckte), sogar quasi noch mit Bullenschutz hier wieder auftaucht, ist unglaublich. Vor Flüchtlingsheimen oder den Häusern der MigrantInnen ist es angeblich (aus Personalmangel) nicht möglich und nicht nötig, Polizei zum Schutz zu postieren, für ein Mitglied einer (verbotenen) faschistischen Organisation, der noch dazu eine konkrete Gefahr darstellt, aber schon. Dies zeigt, daß es trotz der vollmundigen Beteuerung des Staatschutzes, mit der "vollen Härte des Gesetzes gegen den rechten Terror" vorgehen zu wollen, offensichtlich kein Interesse gibt, organisierte Faschisten zu verfolgen. Es ist ihnen wichtiger, die These der durchgeknallten Einzeltäter aufrecht zu erhalten, weil die keine politische Verantwortlichkeit nach sich zieht, sondern mit blumigen Beileidsbekundungen weggeredet werden kann und somit die ganze Situation entpolitisiert und entschärft.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß der Faschist Fiebig, der nach letzten Freitag ja noch eher gefährlicher als vorher geworden ist, sich weiter im Schanzenviertel aufhält. Er taucht immer noch ab und zu hier auf und ist noch nicht ausgezogen.
Auch nach der Kundgebung am 11.6. gab's weitere Aktivitäten gegen Fiebig.
So haben die BewohnerInnen der Neubauten in der Juliusstr. eine Unterschriftenliste erstellt, mit der sie die GWG (Wohnungseigentümerin) auffordern, Fiebig fristlos zu kündigen. Weiter wurden ein paar Tage nach der Kundgebung ca. 300 Plakate mit Foto, Adresse, Telefon und Infos über ihn im Schanzenviertel verklebt, damit alle mitbekommen, was für ein Schwein er ist und daß er eine Gefahr darstellt.

Zur Diskussion über das Vorgehen gegen Fiebig

Die Kundgebung am 11.6 kann mit Einschränkungen als erfolgreich bezeichnet werden, auch wenn es dem Glück zu verdanken ist, daß keine/r der TeilnehmerInnen und NachbarInnen ernsthaft verletzt wurde.
Während der Aktion kamen viele AnwohnerInnen dazu, die sich überwiegend zustimmend zu dieser äußerten und sich zum Teil spontan dazu verhielten, indem sie beispielsweise dabei blieben und Parolen mit riefen. Es wurde positiv bewertet, daß ein Faschist öffentlich gemacht wurde.

Aber es wurde auch im Nachhinein, sowie auch schon auf dem Treffen kurz vor der spontanen Kundgebung heftige Kritik an einem solchen Vorgehen geäußert. Es sei dumm, daß bei dieser Aktion die zahlreichen Unterlagen und Materialien aus Fiebigs Wohnung entweder den Bullen in die Hände gefallen sind oder von Scholz und Fiebig rechtzeitig vernichtet wurden.
Weiter sei es verantwortungslos, Menschen quasi direkt in die Schußlinie eines Faschisten zu mobilisieren und

so eine Gefährdung in Kauf zu nehmen. Die Gefährlichkeit eines Faschisten wie Fiebig sei anscheinend von einigen unterschätzt worden und sich vielmehr spontan an der Wut entschieden, vor seine Wohnung zu ziehen, um ihm zu zeigen, daß er hier nicht geduldet wird.

Fiebig sei nun noch gefährlicher, da er quasi nur verwundet worden sei und nun seiner Wut Luft machen wird. Solche Aktionen gegen Nazis riefen Gegenaktionen bei diesen hervor, die sich eher gegen MigrantInnen richten, so daß nicht die deutschen AntifaschistInnen die Leidtragenden sind. Die Konsequenzen hätten die MigrantInnen (und auch die BewohnerInnen des Hauses) zu tragen.

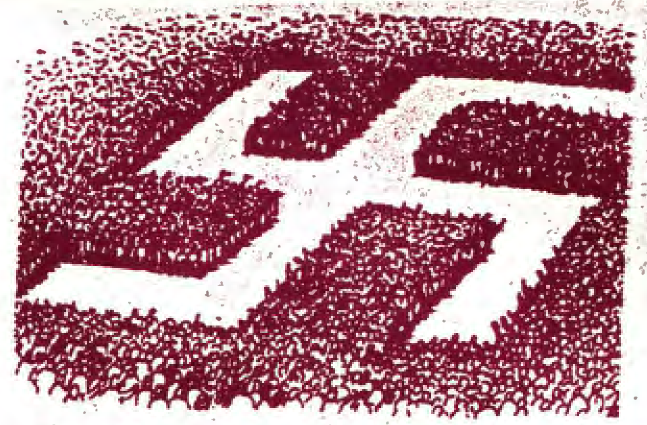
Bemängelt wurde, daß es keine Lösung sei, einen Faschisten in einem Viertel wie dem Schanzenviertel anzugreifen und zu vertreiben, da er dann in einen anderen Stadtteil zieht und dort weiter seinen Aktivitäten nachkommt, wobei er dann schlechter zu kontrollieren sei als im Schanzenviertel,wo viele antifaschistisch gesonnene Menschen leben und er zumindest nicht offen auftreten kann.

Eine Kundgebung wie die am 11.6. sei keine adäquate Aktionsform gegen Faschisten und stelle keinen entschiedenen Angriff auf faschistische Strukturen dar.

Gegen diese ganzen Argumente wurde gehalten, daß der Hauptbeweggrund für die Kundgebung gewesen sei, nicht still zu bleiben, wenn bekannt ist, daß ein Faschist in der Nachbarschaft wohnt - dies nicht hinzunehmen. Es sei ein erster Schritt, durch Öffentlichkeitsaktionen eine Stimmung zu schaffen, in der Faschisten nicht in Ruhe gelassen werden und ihnen gezeigt wird, daß es Widerstand gegen ihre Aktivitäten und ihre Existenz überhaupt gibt. Es sei ein Anfang gewesen, die Ohnmächtigkeit und das ewige Reagieren auf die rassistische Mobilisierung und die Anschläge zu durchbrechen und einmal selbst zu agieren und offensiv zu werden. Wenn nicht so schnell und spontan am 11.6 nach der Veröffentlichung der Flugblätter gehandelt worden wäre, bestünde die Gefahr, daß Fiebig weiterhin unbehelligt in der Juliusstr. wohnen würde. Alle würden es wissen, aber niemand was dagegen tun.

Klar sei es keine Lösung, Fiebig lediglich aus dem Schanzenviertel zu vertreiben. Aber nur weil wir in anderen Stadtteilen nicht die Stärke haben, Faschisten anzugreifen, sei dies noch lange kein Argument, dies einfach so hinzunehmen und dann da nichts zu tun, wo dies möglich ist. Im Schanzenviertel hätten wir diese Stärke, gegen einen Faschisten vorzugehen und deswegen sei es richtig, dies auch zu tun. Letztendlich solle das Ziel sein, daß Faschisten nirgendwo unbehelligt leben können. Eine solche Aktion in einem Viertel, wo eine breitere Solidarisierung bei den AnwohnerInnen zu erwarten ist, sei ein Anfang.

Nachbarschaftstreffen am 1. Juli, in der Roten Flora 19 Uhr



Formation unbeteiligter Schaulustiger

VERSUCH EINER ABSCHLIESSENDEN BEWERTUNG

Die Kundgebung vom 11.6. ist keine optimale Aktionsform, mit Faschisten und faschistischen Strukturen umzugehen. Viele der oben genannten Kritikpunkte treffen zu, so war es zum Beispiel riskant bis fahrlässig, die Kundgebung vor seinem Fenster zu machen und eine Gefährdung der daran Teilnehmenden in kauf zu nehmen. Eine perfekte Aktion konnte es in dieser Situation jedoch nicht geben.

Bei allen Mängeln und berechtigten Kritikpunkten war die Durchführung dieser Aktion besser, als nichts zu machen, als es hinzunehmem, von einem Faschisten konkret zu wissen, ihn aber in Ruhe zu lassen. So wurde von vielen die Erfahrung als gut und wichtig eingeschätzt, zusammen mit NachbarInnen auf der Straße zu stehen und der Wut einem Faschisten direkt gegenüber Luft zu machen und eben nicht nur wieder nach einem erneuten rassistischen Anschlag auf die x-te Spontandemo zu latschen.

Diese Aktionsform war etwas Neues, sie war der Versuch, der Anwesenheit eines Faschisten mit der größtmöglichen Öffentlichkeit zu begegnen und es auch vielen anderen Menschen zu ermöglichen, sich zu verhalten.

Was bleibt, ist die berechtigte Kritik an dieser Aktion, die auch nicht wegzudiskutieren ist. Jetzt ist es notwendig, daß ein Diskussionsprozeß über antifaschistische Aktionsformen in Gange kommt und daß wir uns genauer Gedanken machen, wie wir offensiv gegen Faschisten vorgehen können, so daß es effektiv ist (und möglichst wenig Gefährdung für alle betroffenen Menschen mit sich bringt.)

Wir dürfen jetzt nicht bei dieser Aktion gegen diesen Faschisten stehen bleiben, sondern es muß das Ziel sein, (auch in anderen Stadtteilen) möglichst viele Faschisten öffentlich zu machen und anzugreifen.

KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!!

SCHAUT NICHT WEG, GREIFT EIN!!

DEN ANTIFASCHISTISCHEN SELBSTSCHUTZ ORGANISIEREN!!

ZECK

Das Info aus der Flora
Nummer 16, Juli 1993



Die Bürgerwehr muß her - dann ist der Bürger wieder wer !

Die Geschäfte laufen nicht mehr so im Einkaufszentrum Neue Große Bergstraße. Mag das nun an der "veralteten" Konzeption des EKZ liegen oder an der Rezession - die häßlichste Einkaufsmeile Hamburgs ist nicht sehr gefragt.
Alarmiert also vom Rückgang der Bilanzen, taten sich brave BürgerInnen zusammen - keine Radikalen sondern treue WählerInnen altbewährter Volksparteien - um nach den Ursachen und Gegenmitteln zu forschen.
Was sie dann gefunden zu haben glaubten, packten sie in eine kleine Broschüre und verschickten es großflächig.
Betitelt war das ganze mit : "Es reicht, Altona darf nicht verkommen !"
Nach einer "Analyse" gipfelt das in einem Forderungskatalog und dem Aufruf zur Bildung einer Stadtteilkonferenz aus BürgerInnenvertreterInnen sowie Polit- und Verwaltungsheinis/-heinas.
Drei "Grundübel" werden ausgemacht für Niedergang des einst so attraktiven Altonas :
- eine als Punker und Penner bezeichnete Gruppe - d.h. Leute, die die Unverschämtheit besitzen, in der FußgänerInnenzone herumzusitzen, anstatt mittels Kaufkraft den Umsatz der Geschäfte zu steigern.
- AsylbewerberInnen
- Das Fehlen / der Abbau von Parkplätzen (Parkplätze sind "attraktiv" - MigrantInnen nicht !)

Bei der "Argumentation" wechseln sich dann profitorientierte Begründungen ab, mit einem dumpfen Rassismus, mit einem Haß auf jede Form der Normabweichung.
Dem völkischen Grundkonsens in der Bevölkerung folgend, wird die Gesellschaft unterteilt in Deutsche und AusländerInnen, in "BürgerInnen" und "Problempotentiale". Beim AusländerInnenanteil an der Gesamtbevölkerung wird die Toleranzgrenze mit 30 % angesetzt.
Ein in manchen Schulen angeblich bestehender AusländerInnenanteil von 60 - 90 % sei ein auf die Dauer nicht akzeptabeler Zustand.
Warum eigentlich ?
Nicht deutsch genug - dahinter verbirgt sich nichts anderes als die These von der "rassischen Verseuchung".
Diese Sentenzen beziehen sich wohlgemerkt auf Nichtdeutsche ganz allgemein. Ganz anders sieht die Beurteilung von AsylbewerberInnen aus, die gehen ja auch nicht einkaufen sondern sie "überschwemmen" die Geschäfte, ganz so, als handele es sich nicht um eine Gruppe von Individuen sondern um eine Naturkatastrophe - eine "Flut" eben.
Auch die Gleichung Fremde = Schmutz = Kriminalität wird wieder einmal aufgestellt.
Eine deutsche Weste ist halt immer eine saubere Weste.
Das Ladendiebstahl auch etwas mit Armut zu tun haben könnte wird nicht in Betracht gezogen, und so fordern die "BürgerInnen" ganz konsequent "die drastische Verringerung der Sozialhilfe in Hamburg, damit den Wirtschaftsflüchtlingen der Aufenthalt in unserer Stadt nicht attraktiv erscheint."

Aha, Attraktivität ist also auch kein Wert an sich, denn ein für "BürgerInnen" attraktives Altona muß, der Argumentation folgend, für alle "NichtbürgerInnen" unattraktiv sein.



Ja und welche/r dann nach der Verringerung der Sozialhilfe immer noch meint, sie/er müsse sich was zu Essen "besorgen", soll durch "die sofortige Abschiebung rechtskräftig verurteilter Asylbewerber" entfernt werden.
"Entfernt" werden sollen auch noch fliegende HändlerInnen, während Punks und Obdachlose "verlegt" werden sollen, wie mensch Straßen verlegt, Kranke oder Häftlinge....
Dazu kommen dann noch die üblichen Forderungen nach mehr Reinlichkeit und mehr Polizeipräsenz, denn es geht nicht mehr nur um die Geschäftsflaute, es geht um die angebliche Bedrohung der "BürgerInnen" durch die "NichtbürgerInnen", es geht um das gesellschaftlich abgesicherte Privileg des weißen Mittelklassemannes die eigenen Normen und Werte als das Non-plus-ultra betrachten zu können.
Es geht auch um die Umstrukturierung. Die sozialbegründete Forderung nach dem sofortigen Bau des Hertie-Quarees formuliert sehr offen was Autonome immer behaupten und die Stadt immer bestreitet : das Stadtentwicklung Machtpolitik ist !

Im Sprachgebrauch faschistisch, ist dies kein Text von Rechtsradikalen sondern eine Meinungsäußerung von "Otto/Else-NormalverbraucherInnen", der/die vielleicht zu Lichterketten geht, der/die Solingen barbarisch findet, der/die aber dem völkischen Grundkonsens der Gesellschaft folgend, etwas "deutsches" ausgemacht hat, das es zu bewahren gälte.
Den traditionellen Parteien wird offen mit dem Rechtsruck in der Wahlarithmetik gedroht, sollten diese nicht den Rechtsruck in der Bevölkerung selber mitvollziehen.
Das diese Botschaft wohl verstanden wird, hat die faktische Abschaffung des Asylrechts gezeigt.

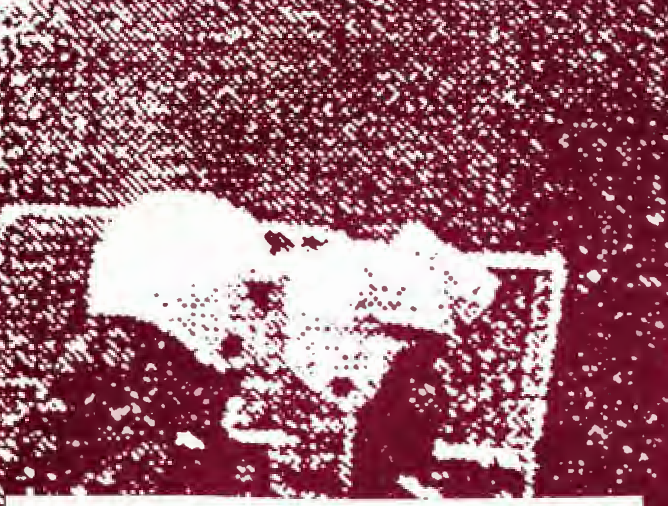
Eine positive Anregung aus dem Bereich der Verkehrspolitik jedoch bringt der Text uns allen, die wir seit Jahren nach der Zauberformel für die Revolution suchen :
" Kein Parken - Kein Geschäft
Kein Geschäft - Keine Steuern
Keine Steuern - Kein Staat
Kein Staat - was dann ?"

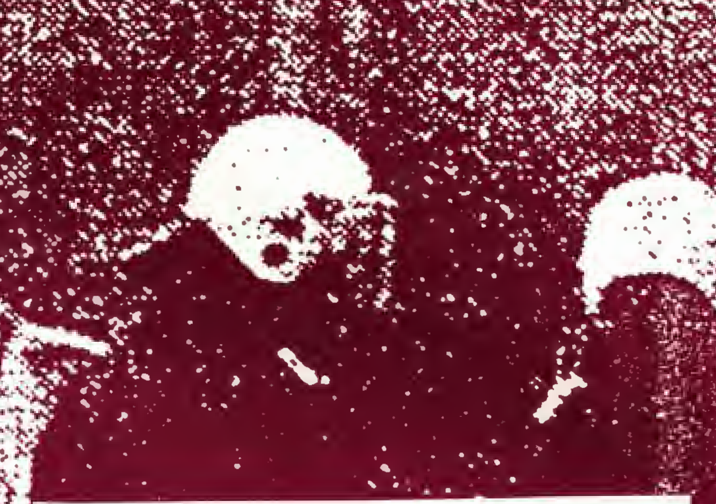
Na was wohl ?!

ZECK

Nummer 16, Juli 1993

"IG (Neue) Große Bergstraße" & "Altonaer Bürgerverein" schüren Pogromstimmung





Unter der Überschrift "Es reicht, Altona darf nicht verkommen!" wendet sich derzeit eine Aktionsgemeinschaft aus "Altonaer Bürgerverein", "Ottenser Bürgerverein" und dem "Bürgerverein St. Pauli" sowie einer "Interessengemeinschaft Große und Neue Große Bergstraße" und einem "Trägerverbund", letzterer unter dem Vorsitz eines Vertreters der Karstadt AG, an Persönlichkeiten aus Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung mit Entscheidungskompetenz" und lädt ein zu einer Stadtteilkonferenz" am 22. Juni 1993 um 19.00 Uhr im Hotel "Stadt Altona", Louise-Schroeder-Straße.

Auf sieben Seiten werden Forderungen zur "Beseitigung der katastrophalen Mißstände, unter denen die Altonaer Bevölkerung derzeit leidet", aufgelistet, die im wesentlichen auf folgendes hinauslaufen:

"Verlegung von Punkern und Pennern" aus der Fußgängerzone,

"drastische Verringerung der Belegungskapazitäten auf den Asylbewerberschiffen", um die "Überschwemmung des Stadtteils" zu verhindern;

mehr Abschiebungen, mehr Polizei, schnellere Verurteilungen, Kürzung der Sozialhilfe, Schwarze Sheriffs', Entfernung der "Fliegenden Händler"; mehr Parkplätze, ein Baugebot für das "Hertie-Quarree" usw.

Hintergrund dieses rassistischen und menschenverachtenden Papiers ist folgender: Das Einkaufszentrum (Neue) Große Bergstraße ist aufgrund seiner veralteten Konzeption im Konkurrenzkampf mit anderen Einkaufszentren ins Hintertreffen geraten. Außerdem hat sich die Schließung der nicht mehr konkurrenzfähigen Hertie-Filiale in der Ottenser Hauptstraße empfindlich auf die Umsätze einiger mittelständischer Geschäfte der Umgebung der Umgebung ausgewirkt.

Die Folgen dieser ganz normalen kapitalistischen Verdrängungsprozesse versuchen die betroffenen Unternehmen jetzt Sündenböcken anzulasten. Nicht die Entscheidung des Hertie-Konzerns, seine Profite anderswo zu machen und deswegen das Kaufhaus als 'Käufermagnet' für die umliegenden Geschäfte zu schließen, soll die Ursache des Umsatzrückganges sein (oder auch der Pleite, wie bei "Sport Penning"), sondern Punx, Flohmarkt-HändlerInnen und AusländerInnen.



Der Vorstoß der Aktionsgemeinschaft" erfolgt nicht zufällig ausgerechnet jetzt, in dieser Zeit der Pogromstimmung, nach Anschlägen und Morden. Eiskalt werden die PolitikerInnen ermahnt, "schnell zu handeln, damit aus der jetzt herrschenden Politikverdrossenheit nicht noch größerer Schaden entsteht".
Hintergrund der Kampagne ist das Bestreben der "Aktionsgemeinschaft", die Stadt zur Umstrukturierung des Einkaufszentrums und zum Bau des "Quarrees" zu zwingen. Zu diesem Zweck wird skrupellos mit rassistischen



Ressentiments gearbeitet. Es hat eine solche Allianz aus Großkapital, krisengeschüttelten Mittelstand und verhetzten Kleinbürgertum in der deutschen Geschichte schon öfter gegeben ...

Die Argumentation ist stammtischgerecht; durch das geschickte Verbinden von Wahrheit, Lüge und Auslassung, durch eine verkürzte Logik und scheinbar einfache Rezepte ist sie für jede und jeden nachvollziehbar. Als besonders dümmliches Beispiel aus dem Forderungskatalog sei folgender Vers zitiert: "Kein Parken - kein Geschäft, kein Geschäft - keine Steuern, keine Steuern - kein Staat, kein Staat - was dann?"

Ein verbaler Brandsatz ist die immer wieder aufgestellte Behauptung, daß ImmigrantInnen kriminell seien. In dieselbe Kerbe haut auch die "Aktionsgemeinschaft", um damit die "drastische Verminderung der Asylbewerber" zu fordern.

Beliebt ist auch die soziale Demagogie, also das scheinbare Vorschlagen sozialer Verbesserungen. So fordern die Initiatoren dieser Kampagne die Einsetzung eines "Punkerbeauftragten', der als Mittler zwischen den Geschäftsleuten und den Punkern" wirken soll. Das klingt zuerst nicht schlecht , bestenfalls etwas hilflos. Das Demagogische dieser Forderung zeigt sich erst daran, daß diese Person überhaupt nicht zu vermitteln haben würde, da die Vertreibung für die Aktonsgemeinschaft" beschlossene Sache ist.

Besonders widerlich ist folgende Argumentationsweise: Es wird behauptet,drei bis vier Quadratmeter Wohnraum pro Person auf den Wohnschiffen seien menschenunwürdig. Das ist eine Feststellung, der alle zustimmen. Mit einer solchen Aussage sichern sich die Initiatoren der Kampagne aber ab, um zu beweisen, daß das, was sie ansonsten fordern, aus dem Bewußtsein sozialer Verantwortung heraus geschehe. Tatsächlich geht es aber um die Behauptung, die angebliche "Toleranzschwelle der Bevölkerung" sei "überschritten" und die Zahl der Flüchtlinge oder vielmehr aller "Ausländer" müsse reduziert werden. Das Ziel ist die Vertreibung; wohin, ist den Initiatoren egal.



Und das ist der einfache und in der Logik der Profitmaximierung stehende Grundtenor dieser Kampagne: Das ganze menschliche Elend soll verschwinden, es behindert die Umsätze.

Es sprengt den Rahmen eines Flugblattes, sich mit jedem Argument ihres Forderungskataloges einzeln auseinanderzusetzen. Lohnend wäre es, denn dieser Katalog ist eine lehrreiche Zusammenfassung reaktionärer Argumentationsweise und ein Beispiel für die fortschreitende Faschisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen.

Das Problem sind nicht "die Armen" sind nicht die Obdachlosen, Flüchtlinge, Ausgegrenzten.

Das Problem sind die Profiteure, Spekulanten, die Verursacher der Armut.

Wir werden zeigen, daß Altona nicht allein aus "Bürgerverein", "Interessengemeinschaft Große Bergstraße" und "Trägerverbund Große Bergstraße" besteht.

Neues aus dem Karoviertel

Vor einigen Wochen hat die STEG mit einem Vertragsentwurf auf die Proteste gegen die Kündigung der Räume des Roma-Clubs im Karoviertel reagiert. Immerhin...aber wie gewohnt, hat die STEG in diesem Vertrag an unakzeptable Bedingungen geknüpft.

Der Vertrag soll für das Haus Marktstraße 24 gelten, in welche die Roma ihren Club auch gerne verlegen würden. Allerdings wäre nicht nur der Roma-Club Vertragspartner, sondern es soll auch der Bauspielplatz am Brunnenhof e.V. mit rein. Die offizielle Begründung des Bezirksausschusses dazu ist, daß ein als allgemeinnützig anerkannter Träger Vertragspartner sein müsse, um mit dessen Subventionen, die Einstellung der geforderten Sozialarbeiter legitimieren zu können. Dieser Sozialarbeiter könnte nach Aussagen aus dem Sozialderzernat eventuell zum 01.10.93 eingestellt werden. Diese Begründung ist ofensichtlich an den Haaren herbeigezogen, die Auflage nicht akzeptabel. Es ist absolut nicht ersichtlich, warum der Roma-Club für die alleinige Nutzung von Räumen, für diese auch nicht allein Vertragspartner sein kann. Das zu einem, zum anderen ist der Vertrag auf 2 (zwei!) Jahre befristet. Die Begründung hierfür ist der Plan, die Roma nach diesen zwei Jahren in den Keller der israelischen Töchterschule in der Karolinenstraße umzuquartieren. - also an den äußersten Rand des Viertels. Auch das ist nicht akzeptabel. Denn natürlich müssen die Räume für den Roma-Club so zentral wie möglich liegen und zwar genau da, wo die Roma sich auch aufhalten. Der Plan, die Leute an den Rand des Viertels zu drängen ist ausgrenzend und rassistisch. Das Haus in der Marktstraße 24 ist noch nicht vollständig entmietet. Ein Einzug des Roma-Clubs also auch noch gar nicht möglich, ohne Konflikte heraufzubeschwören. Das die STEG und der Bezirk so etwas gerne sehen würden um noch mehr Öl ins Feuer zu giessen , ist nicht abwegig. Der Club würde aber nicht eher einziehen, bis nicht alle Mietparteien gleichwertige Wohnungen haben. Auf Nachfrage bei der Bezirksverwaltung, wie es um die Idee von Containern auf dem Ölmühlenparkplatz für die Roma steht, wußten alle Parteien nix mehr von der Möglichkeit.



Erklärung zur Situation der Roma & Cinti in der BRD

Der 16.Mai 1993 war der 53. Jahrestag des Beginns der Deportationen von Roma und Cinti in die Gaskammern der Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka. Der 16.Mai 1940 war der Beginn eines Völkermords an Roma und Cinti, dem eine halbe Million Menschen zum Opfer fielen. Heute, 53 Jahre nach diesem Datum, ist die Situation der Roma in Deutschland wiederum verzweifelt und aussichtslos. Die Bundesregierung mit ihrem Innenminister Seiters hat im Herbst letzten Jahres Rumänien für 30 Mio. DM die Zusicherung abgepresst, Roma, die aus der BRD abgeschoben werden sollen, zurückzunehmen, obwohl sie in Rumänien fortgesetzten Progromen ausgesetzt sind. Ähnliche Abkommen sind Polen aufgezwungen worden und mit anderen osteuropäischen Ländern in Vorbereitung. Auch nach Ex-Jugoslawien werden Roma abgeschoben, trotz der dort herrschenden Kriege und nachgewiesener Ausgrenzung von Roma in den neuen Nationalstaaten. Im Einklang mit dieser Politik steht auch, daß die Bundesregierung bis heute als einzige europäische Regierung sich weigert, die UNO-Resolution zum Schutz der Roma zu unterzeichnen. Am 26.5.1993 ist der sog. "Asylkompromiß" im Bundestag beschlossen worden. Mit dieser faktischen Abschaffung des Asylrechts findet eine Politik der rassistischen Ausgrenzung und Vertreibung ihren vorläufigen Höhepunkt. Mit diesem "Asylkompromiß" und anderen Gesetzverschärfungen wird die Situation aller Flüchtlinge und der Roma insbesondere de facto unerträglich gemacht; anderen Flüchtlingen soll es unmöglich gemacht werden, die BRD überhaupt zu erreichen.

Es herrscht ein nationalistischer und rassistischer Konsens in Deutschland, dem die Hetze gegen MigrantInnen und Roma insbesondere als normal gilt und bei dem Morde und Überfälle an MigrantInnen an der Tagesordnung sind. Diese Allianz vom nationalen Konsens der Demokraten mit dem rechtsextremen Gedankengut erlaubt es, daß in Köln die deutsche Liga sich als Ausführungsorgan der SPD-regierten Stadt Köln versteht und eine Menschenjagd mit Steckbriefen und Kopfgeld auf eine Rom-Frau, die nach vier Jahren Aufenthalt in der BRD im Februar 1988 nach Mazedonien abgeschoben wurde und aufgrund der dortigen Verhältnisse zu ihrem Mann und Kindern nach Köln zurückgekehrt war, organisiert. Die Familie lebt seitdem versteckt in der Illegalität.

Die Roma haben sich entschlossen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese rassistische Politik zu protestieren und zu kämpfen:
Am 16. Mai haben Roma versucht, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme zu besetzen, um der Opfer der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken und eine Fluchtburg für die von der Abschiebung bedrohten Roma zu errichten. Die Hamburger Kulturbehörde hat die Unverfrorenheit besessen, den Roma das Betreten der Gedenkstätte mit der Begründung zu verbieten, daß die Gedenkstätte nicht für die aktuelle Asyldiskussion mißbraucht werden soll und daß die Funktion als Gedenkstätte durch diese Aktion beeinträchtigt würde. Zwei Wochen lang verhinderte die Hamburger Polizei die Mahnwache der Roma auf dem Gelände der Gedenkstätte Neuengamme.

Seit dem 16.Mai hält sich eine Gruppe von Roma in der Versöhnungskirche der KZ-Gedenkstätte Dachau auf. Sie suchen Zuflucht vor Abschiebung und kämpfen für ein gesichertes Bleiberecht. Es ist perfide und bezeichnend genug, daß die einzigen Orte, an denen die Roma noch Zuflucht erhoffen können, die Stätten der Vernichtung ihrer Vorfahren sind.

Am 7. Juni sind mehrere hundert Roma aus Hamburg und anderen Städten nach Bonn aufgebrochen. Sie wollen sich dort unter den Schutz des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) stellen 'und fordern' ihre Behandlung als Flüchtlinge entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention und ein abgesichertes Bleiberecht in der BRD.

Wir, UnterstützerInnen dieses Aufrufs, erklären: Wir erklären uns solidarisch mit den Roma und ihren Forderungen vom 5.5.1993 an die Bundesregierung. Wir schließen uns dem Appell der Roma auf dem ehemaligen KZ-Gelände Dachau an und fordern mit ihnen alle AntirassistInnen auf, gemeinsam zu kämpfen und Flüchtlingen private Zufluchtstätten und öffentliche Fluchtburgen zu verschaffen.

Wir fordern darüberhinaus:

- Offene Grenzen und Bleiberecht für Alle
- Annullierung aller Deportationsabkommen gegen Roma und andere Flüchtlinge in osteuropäische Länder

Diesen Aufruf unterstützen:

Antirassistisches Telefon HH;u.a.

Spendenkonten:

für Roma in Dachau
Christian Boissevain/Aktionsbündnis
Stadtsparkasse München, Kto.Nr.: 7117 35 20
(BLZ.: 701 500 00) Stichwort : Roma

Roma & Cinti Union
Spendenkonto Fluchtburg
Bankhaus Fischer Hamburg, Kto.Nr.: 001 032 1016
(BLZ.: 201 106 00)

für die versteckte Familie
ROM e.V. Köln
Stadtsparkasse Köln, Kto.Nr.: 12 442 620

AntiRa

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 3. Juli '93 in Dachau

Sofortiger Abschiebestopp - Bleiberecht für Roma - Schützt die Fluchtburg in der KZ-Gedenkstätte Dachau

Am 16.Mai 1993 suchte eine Gruppe von 40 Roma Zuflucht in der Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau. Inzwischen haben dort rund 200 Roma zumindest vorübergehend Sicherheit vor der drohenden Abschiebung gefunden und kämpfen um ein gesichertes Bleiberecht für sich und alle anderen Roma.
Die KZ-Gedenkstätte Dachau wurde ganz bewußt als Fluchtburg gewählt: im KZ Dachau sind viele Roma umgebracht worden. Am 16.Mai 1940 begannen die Nazis mit den ersten Deportationen der Roma in die Gaskammern und Vernichtungslager. Rund 500.000 Roma wurden von den Hitlerfaschisten in den Konzentrationslagern ermordet, nur wenige ihres Volkes überlebten den Holocaust.
Das Unrecht, das Nazi-Deutschland an den Roma begangen hat, wird heute von der Bundesregierung auf andere, "moderne" Weise fortgesetzt. Roma werden an den deutschen Ostgrenzen mit Infarotkameras und Spezialeinheiten der Grenztruppen gejagt, in Lager gesperrt und massenhaft deportiert.
Während des Kirchentages waren die Roma "gern gesehene Gäste" der evangelischen Kirche. Auch die Bayerische Staatsregierung hielt es nicht für angebracht, einzugreifen , und vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit Roma von einem KZ-Gelände gewaltsam zu vertreiben. Doch kaum war der Kirchentag vorbei, auf dem Tausende die Roma lautstark in ihrer Forderung nach Bleiberecht unterstützten, da drohte das bayerische Innenministerium den Roma mit polizeilicher Räumung und Abschiebung, falls sie nicht bis zum 20.Juni die KZ-Gedenkstätte verlassen. Freiwillig machte sich die Leitung der evangelischen Landeskirche Bayern zum Sprachrohr der bayerischen Staatsorgane und erklärten am 18.Juni in der Presse, daß "es von staatlicher wie von kirchlicher Seite kein Recht gäbe, den Aufenthalt der Roma in der KZ-Gedenkstätte weiter zu dulden (...)" "Die Möglichkeiten der Hilfe und des Schutzes durch die Kirche sind ausgeschöpft(..)."
Auf der Seite der Roma stehen weiterhin Pfarrer Heinrich Bauer und Diakon Peter Klentzan von der Versöhnungskirche der KZ-Gedenkstätte und Werner Simon , Ausländerbeauftragter der ev. Kirche München. Alle drei distanzierten sich öffentlich von der Verlautbarung der Kirchenleitung. Die Kirche "müsse solidarisch sein mit den Roma, muß ihr moralischer Anwalt sein." Sie dürfe nicht "zum Erfüllungsgehilfen des Staates werden. Nicht das Verhalten der Roma führt zur Eskalation, sondern ein Polizeieinsatz des Staates." Gewarnt wurde vor der Gefahr, daß aus einem sog. Rechtsstaat ein Unrechtsstaat werden kann und erinnert an die Tatsache , daß die evangelische Kirche das "3. Reich" der Nazis damals als Rechsstaat akzeptiert , und sich so an den Verbrechen der Faschisten mitschuldig gemacht hatte.

Am 17.Juni wurde in Stuttgart ein Roma nach Rumänien abgeschoben. Seit dem 18.Juni sitzt ein Roma in Calw/BaWü in Abschiebehaft. Er soll nach Serbien mitten in das Bürgerkriegsgebiet deportiert werden! Die Polizisten, die ihn festnahmen, begründeten die Inhaftierung mit seiner Teilnahme an der Aktion in Dachau. Das ist ein gezielter Angriff auf alle Roma, die sich zur Wehr setzen! Umso wichtiger ist es, den Kampf jetzt nicht aufzugeben. Als Antwort auf die staaliche Drohung erklärte Jasar Demrov, Präsident der Roma Union Süddeutschland:"Wir bleiben in Dachau - alle !"
Die Roma werden sich nicht aus Dachau vertreiben lassen, denn von Dachau wegzugehen bedeutet Abschiebung. Abschiebung in die Verfolgerstaaten. Abschiebung in Länder, in denen die Roma nicht leben können, in denen sie rassistischer Diskriminierung und Pogromen ausgesetzt sind.
Ein Polizeieinsatz und die Vertreibung der Roma-Flüchtlinge von der KZ-Gedenkstätte muß von uns allen verhindert werden. Die staatliche "Säuberungsaktion" wäre eine weitere Ermunterung für Nazimörder und Brandstifter. Wenn jemand das Recht hat, sich in den Gedenkstätten der ehemaligen KZ aufzuhalten , um an diesen Orten Schutz zu suchen, dann sind es die Nachfahren des NS-Völkermordes.
Wir rufen alle Initiativen, Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen auf :
Setzt Euch ein für ein gesichertes Bleiberecht aller Roma- für Abschiebestopp. Laßt nicht zu, daß die Roma aus der KZ-Gedenkstätte Dachau vertrieben werden. Fluchtburgen wie die in der KZ-Gedenkstätte Dachau und hoffentlich viele weitere sind die richtige Antwort auf die Abschaffung des Asylrechts, auf die Verfolgung der Flüchtlinge durch den Staat und auf die Morde der Neonazis in Rostock, Mölln und Solingen.

Kommt nach Dachau, schützt die Roma, helft mit, durch Spenden die materielle Versorgung zu sichern. Kommt zur bundesweiten Demonstration und Kundgebung am 03.Juli 1993 um 14.00 Uhr in der KZ-Gedenkstätte Dachau.

Solidaritätskonto : Münchner Bündnis gegen Rassismus
C.B./Aktionsbündnis, Stadtsparkasse München, Kto.Nr.: 71 173 520 (BLZ.: 701 500 00)





Nummer 16, Juli 1993

Den staatlichen Rassismus bekämpfen!!

Im Folgenden drucken wir drei kurze Texte zu einigen Einschränkungen ab, denen AsylbewerberInnen und andere MigrantInnen arbeitsrechtlich unterworfen sind. Wir werden in Zukunft in loser Reihenfolge auf Gesetztesverschärfungen im Bereich der Asylgesetzgebung hinweisen, weil wir es wichtig finden, daß auch diese eher "unspektakulären" Veränderungen, die aber in ihrer Gesamtheit schwerwiegende Auswirkungen für die MigrantInnen haben, bekannt sind. Wir wollen damit auf die oftmals subtilen Varianten des staatlichen Rassismus hinweisen.

Weitere Einschränkungen bei der Arbeitserlaubnis für AsylbewerberInnen

Zum Jahresbeginn 1993 hat es in Hamburg wiederum eine Verschlechterung bei der Erteilung der Arbeitserlaubnis für AsylbewerberInnen gegeben. Es handelt sich um die sog. allgemeine Arbeitserlaubnis, die nur für bestimmte Tätigkeiten bei bestimmten Unternehmen gültig ist. Vor der Erteilung dieser Erlaubnis muß das Arbeitsamt mindestens 4 Wochen lang nach bevorrechtigt Arbeitssuchenden forschen (Deutsche oder EG-AusländerInnen), selbst dann, wenn bekannt ist, daß für die konkrete Beschäftigung keine oder zumindest weniger "bevorrechtigte" Arbeitssuchende als offene Stellen zur Verfügung stehen.

Diese Vorschrift ist nicht neu, bis Ende 1992 hatte aber das Hamburger Arbeitsamt eine ganze Reihe von Tätigkeiten ohne diese Wartefrist an AsylbewerberInnen vermittelt:

- Beschäftigung für Reinigungsarbeiten unter 18 Wochenstunden
- Voll- und Teilzeitbeschäftigung für TaxifahrerInnen
- Beschäftigungen nach dem 530-DM-Gesetz als PackerIn, Friseur/Friseuse, LagerarbeiterIn, VerkäuferIn und alle Berufe im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Diese Einengung des Ermessensspielraumes für Arbeitsämter hat zur Folge, daß die Mehrzahl der ArbeitgeberInnen das Interesse an der Einstellung von AsylbewerberInnen verliert.

Die zweite gravierende Änderung: Arbeitserlaubnisse bei weiter bestehendem Arbeitsverhältnis werden nicht mehr wie bisher um 3 Jahre verlängert, sondern müssen jährlich neu beantragt werden - mit den o. g. mindestens 4-wöchigen Wartefristen. Auch hier kann davon ausgegangen werden, daß die Unternehmen neue - schneller verfügbare - Kräfte einstellen.

Begrenzte Arbeitslosenhilfe für MigrantInnen

Ein/e arbeitslose/r arbeitserlaubnispflichtige/r ausländische/r ArbeitnehmerIn ohne Arbeitserlaubnis steht dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung und hat somit - bei Vorliegen aller übrigen Leistungsvoraussetzungen - Anspruch auf Arbeitslosenhilfe für höchstens 1 Jahr.

Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes zuungunsten anerkannter AsylbewerberInnen

Bis Ende 1992 begründete die Teilnahme am vom Arbeitsamt angebotenen Deutschkurs für anerkannte AsylbewerberInnen den Anspruch auf Arbeitslosenhilfe und damit z.B. Krankenversicherung bei der AOK statt Sozialamt, Beiträge zu Sozialversicherungen usf.. Dieser Anspruch ist zum 1. 1. 93 ersatzlos gestrichen worden.

Im folgenden dokumentieren wir eine Erklärung der Autonomen Infogruppe Solingen, die sich genauer mit mit den Geschehnissen nach den rassistischen Morden befaßt. Wir finden diesen Text wichtig, da er eine andere Darstellung der Ereignisse vermittelt als die bürgerlichen Medien und z.B genauer beleuchtet, wie es zu den nächtlichen Krawallen gekommen ist und welche Rolle die türkischen Nationalisten und Faschisten gespielt haben.

Staat und Nazis proben gemeinsam den Notstand

Nach einer vorläufigen Analyse der Ereignisse der letzten Tage sind wir zu einer neuen Einschätzung der gegenwärtigen Situation gekommen.

Seit Tagen erleben wir von türkischen Faschisten geschürte Krawalle, mit denen die Staatsmacht scheinbar nicht fertig wird, einerseits und eine massive Lügenhetze gegen Autonome und andere, insbesondere türkische und kurdische antifaschistische Gruppen, andererseits. Was uns zunächst als ein in dieser Form unerklärlicher Widerspruch erschien, kristallisierte sich mit der Zeit immer klarer als bewußte Strategie der Herrschenden heraus. Der Staat und die Polizeiführung haben die Krawalle gewollt, sie haben sie bewußt zugelassen, sie absichtlich provoziert und forciert. Gleizeitig lief die Propagandamaschinerie auf Hochtouren.

Dazu eine erste, nicht vollständige, jedoch beispielhafte Chronologie der Ereignisse:
Samstag Nachmittag, wenige Stunden nach den faschistischen Morden, zieht eine Demonstration von Menschen aus den verschiedensten Spektren in die Untere Wernerstraße, wo gerade Bundesinnenminister *Seiters*, wenige Tage nachdem die von ihm mitbetriebene rassistische Abschaffung des Asylrechts beschlossen wurde, seine Betroffenheit über das Verbrechen heucheln will. So sieht er sich dann auch von Polizeiketten geschützt und vor der Weltpresse lautstarken "Mörder, Mörder"-Rufen ausgesetzt. Nachdem *Seiters* die Brandstelle wieder verlassen hatte, zieht der Demonstrationszug in die Innenstadt, dabei gehen an der sog. "Ausländerbehörde", dem schärfsten Repressionsinstrument gegen die hier lebenden Menschen ohne deutschen Paß, sowie an der Hauptstelle der Deutschen Bank, über die anderen Orts schon genug gesagt oder geschrieben ist, einige Fensterscheiben zu Bruch. Später löst sich die Demonstration in der Innenstadt auf.

Auch im Laufe des Sonntags kommt es tagsüber zu verschiedenen Demonstrationen, bereits den ganzen Tag über berichten die Medien, daß für den Abend schwere Krawalle erwartet werden. Am Abend versammeln sich zahlreiche, überwiegend türkische DemonstrantInnen deren Stimmung durch türkische Faschisten kräftig angeheizt wurde, bis es schließlich zu den Krawallen kam. Die Polizei und der BGS griff, obwohl massiv präsent, stundenlang praktisch nicht ein. Der ortsansässige Lokalsender RSG verschärfte die Stimmung noch durch eine völlig überzogene Berichterstattung. Es wurde zeitweilig der Eindruck vermittelt, als brenne die halbe Innenstadt und es käme zu bewaffneten Straßenkämpfen. Ferner hieß es, einige hundert Autonome seien daran beteiligt, was nicht den Tatsachen entspricht, da nur ein Bruchteil der Autonomen in der Stadt war, und die Vorbereitungen für die für Samstag geplante bundesweite Demonstration auf Hochtouren liefen. Schließlich "gelang" der Polizei am späten Abend doch noch die Festnahme mehrerer Autonomer. Fünf Menschen aus Osnabrück wurden unmittelbar nach ihrer Ankunft in Solingen beim Verlassen ihres Autos, von der Polizei mediengerecht überfallen und verschleppt.

Am folgenden Montagnachmittag führte erneut eine Demonstration türkischer, kurdischer und deutscher AntifaschistInnen zur Unteren Wernerstraße. Dort war auch eine größere Gruppe "*Grauer Wölfe*" anwesend, die sofort die DemoteilnehmerInnen provozieren, es kommt zu ersten Rangeleien. Gerade als der Demonstrationszug den Ort verlassen wollte, marschierte von hinten eine größere Gruppe, offensichtlich zu Konfrontationen entschlossener, türkischer Faschisten, angeführt von einer Polizeikette, auf die Demo zu. Kurz bevor die Faschisten auf die Antifademonstration trafen, zog sich die Polizeikette zurück, so daß ein Zusammenstoß unvermeidlich war. Besonnenen DemonstratInnen gelang es jedoch vorerst, eine Eskalation zu vermeiden. Daraufhin zogen wieder Polizeikräfte zwischen den Blöcken auf. Wenige Minuten später sah sich der Demonstrationszug einem Steinhagel von Seiten der Faschisten ausgesetzt. Die Polizei ging daraufhin nicht gegen

Nummer 16, Juli 1993

die angreifenden Faschisten vor, sondern stürzte sich auf die vor den Steinen fliehenden DemonstrantInnen und nahm mehrere von ihnen fest, darunter auch zwei deutsche Antifas. Einer der beiden wurde erheblich verletzt, ihm wurde eine Ärztin / ein Arzt verweigert, beide wurden erkennungsdienstlich mißhandelt und erst am nächsten Morgen gegen 6.00 Uhr entlassen.

Nach den Krawallen am Montagabend, als türkische Faschisten wahllos auch gegen ausländische Läden und ein Altersheim vorgingen und die Polizei wiederum tatenlos zusah, kam es am Dienstag vor der regionalen Bündnisdemo zu einer massiven Provokation seitens des Reprssionsapparates gegen autonome Zusammenhänge vorm Infoladen. Eine halbe Stunde vor Beginn der Demonstration wurde völlig unbegründet der Infoladen belagert, einige BesucherInnen wurden kontrolliert, einige entzogen sich der Kontrolle, indem sie sich im Infoladen einschlossen. Der Zweck dieser Aktion liegt auf der Hand, die Stimmung unter den Autonomen sollte angeheizt werden. In die selbe Kerbe schlug der Solinger Polizeichef "Lügen"-*Uhrig* nach der Demo in Hinblick auf den geplanten bundesweiten Sternmarsch am Samstag mit dem Liveinterview in Vox: "Man muß sie über das gesamte Spektrum einordnen, sowohl radikal links, ich denke auch radikal rechts, im türkischen Bereich. Ich sehe ein großes Anstifterpotential bei der deutschen autonomen Szene."

Zu einem weiteren Fascho-Angriff kam es am Dienstag als ein mit zwei Naziskins besetzter PKW absichtlich in einen Demonstrationszug raste und eine 16 jährige verletzte.
In den letzten Tagen vor der Großdemo am Samstag wurde das Klima der Angst in der Bevölkerung von den Medien und dem Repressionsapparat gezielt gesteigert. So wurde z. B. den Mitgliedern des DGB vom Vorstand nahegelegt, sich nicht am Sternmarsch zu beteiligen. Infolge dessen wurden im gesamten Stadtgebiet, auch in den Stadtbezirken die meisten Schaufenster verbarrikadiert. Das Kozept der Herrschenden ging voll auf, statt der erwarteten 50.000 kamen lediglich 20.000 TeilnehmerInnen. Auf der Route des autonomen, antifaschistischen, internationalistischen Spektrums demonstrierten etwa 4.000 Menschen - trotz massiver Bullenprovokation - friedlich, lediglich ein Haus des Altnazis *Gunter Kissel* (Gesellschaft für freie Publizistik), sowie die Deutsche Bank wurden gezielt angegangen.
Die Kundgebung wurde von Anfang an massiv von türkischen Faschisten / *Grauen Wölfen* gestört, die sich vor der Bühne aufbauten und provozierten. Durch das friedliche Eingreifen von besonnenen DemonstrantInnen, die an einer friedlichen Demonstration interessiert waren, konnte eine größere Auseinandersetzung zu diesem Zeitpunkt verhindert werden. Zur Eskalation trugen hauptsächlich die ungerechtfertigten Angriffe durch die Polizei bei. Mit Stoßtrupps auf friedliche DemonstrantInnen aus der autonomen Szene griffen sie unbegründet Teile der Demo an und lösten damit gewalttätige Gegenreaktionen und Panik aus. Dies geschah entgegen der in fast täglichen Gesprächen mit der Demonstrationsleitung getroffenen Vereinbarung, vor einem Einsatz der Polizei im Inneren der Demonstration in Absprache mit der Demonstrationsleitung zu suchen. Der Einsatz der Polizei muß als völlig ungerechtfertig bezeichnet werden. Der weitere Verlauf der Veranstaltung gestaltete sich friedlich. Nach ca einer weiteren Stunde wurde die Kundgebung beendet. Während der Kundgebung zogen die autonomen Gruppen, eingeschlossen aus einem massiven Wanderkessel aus Polizei und SEK, von denen ständig Provokationen ausgingen, zum Ausgangspunkt zurück, von wo aus sie nach Hause fuhren.





Um es nocheinmal zu betonen:

Wir haben in einer früheren Stellungnahme gesagt, daß wir die Wut und die direkten militanten Reaktionen berechtigt und richtig finden. Wir distanzieren uns jedoch grundsätzlich von den Aktivitäten reaktionärer und faschistischer Gruppierungen deren Aktionen sich vielfach gegen Unschuldige sowie AntifaschistInnen richteten. Davon gibt es kein Wort zurückzunehmen. Es bleibt also dabei, daß es für uns niemals gemeinsame Sachen mit FaschistInnen geben kann, gleich welchen Paß sie besitzen. So haben wir unsere Politik auch bestimmt. Die letzten Tage sind wie sie gelaufen sind, im Interesse der herrschenden BrandstifterInnen gewesen. Hatte sich in den ersten 36 Stunden nach den Morden die öffentliche Diskussion auf die rassistische Politik der Herrschenden konzentriert, wurden die Herrschenden in breiten Kreisen sowohl im Inland, vor allem auch im Ausland mehr oder weniger deutlich als die wahren BrandstifterInnen benannt, so schlug die Stimmung am Sonntagabend um, sie wurde entpolitisiert. Inhaltliche Auseinandersetzungen wurden durch ein gezielt geschaffenes Klima der Angst, durch die Medien noch geschürt, abgelöst. Die Herrschenden brauchten diesen Wandel denn nach den Morden drohte ihnen und ihrer rassistischen Politik der Boden unter den Füssen wegzubrechen. Durch diesen Anschlag, wenige Tage nach der Grundgesetzänderung, wurde vielen Menschen klar, wessen Saat es eigentlich ist, die in Solingen aufgegangen ist. Es wurde für die Herrschenden zur zwingenden Notwendigkeit, die sich außerhalb staatlicher Kontrolle bildende antifaschistische Gegenwehr in entpolitisierter Randale zu ersticken, begleitet von entprechender Medienberichterstattung. So haben sie den Ausnahmezustand inszeniert, eine zunächst in Scherben liegende und später völlig verbarrikadierte Stadt bot die gespenstische Kulisse für ein polizeiliches Großaufgebot, das die Lage scheinbar nicht in Griff bekommen konnte. Selbst die GSG 9 (!) wurde Montagnacht für einen geradezu demonstrativen öffentlichen Auftritt in diesem Drama eingeflogen. So ist auch klar, daß sie die Zusammenstöße im Verlauf der Großdemonstration wollten und brauchten. Daher haben sie die im Solinger Appell erwähnten Absprachen gebrochen, ständig versucht, den Autonomen-Demonstrationszug zu provozieren und, als dieser sich nicht provozieren ließ, die Kundgebung angegriffen.

Die Inszenierung hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Es ist ihnen gelungen, die breite antifaschistische Bewegung in dieser Woche weitgehend in die Defensive zu drängen und weiter Stimmung gegen Menschen nicht-deutscher Nationalität zu machen. Wenn *Weizsäcker* auf der Trauerfeier in Köln nicht auf die Forderung eingeht, seine Unterschrift unter die Grundgesetzänderung zu verweigern, sondern stattdessen das harte durchgreifen des Staates propagiert, so wird deutlich, daß die Herrschenden keine politischen Lösungen für die von ihnen verursachten Widersprüche anzubieten haben, sondern die Strukturierung des autoritären Repressionstaates verschärft vorantreiben.
Das Gesamtkonzept der Herrschenden ist am Beispiel Solingen deutlich geworden:
Jeglicher Widerstand gegen ihre rassistische und immer faschistoider werdende Politik soll zerschlagen werden, indem sie den Widerstand von unten durch gezielte Hetze und Repression spalten und unterbinden um so eine Entsolidarisierung der Bevölkerung zu erreichen.

NO PASARAN !

KAMPF DEM RASSISMUS UND FASCHISMUS !

KAMPF DEN BRANDSTIFTERINNEN IN BONN !

Solingen,den 8.6.93. Autonome Infogruppe Solingen c/o Infoladen tat(W)ort, Werwolf 14, 5650 Solingen 1







Ottersbekallee 10

Hausbesetzung in der Ottersbekallee 10 in Eimsbüttel am Vormittag des 25.6.93
Am Freitag den 25. Juni wurde das Haus in der Ottersbekallee 10 besetzt. Es stand seit dem 15.12.91 leer. Bis dahin wurde es 9 Jahre lang als Unterbringungseinrichtung der Sozialbehörde genutzt. Ein Jahr vor Ende des Mietvertrages mit der HEW wurden die dort wohnenden Romafamilien an den Rand Eimsbüttels umverteilt. Einflußreiche BürgerInnen wollten sich nicht ihre "schöner Wohnen-" Idylle durch spielende Romakinder beeinträchtigen lassen. Anstatt das Gebäude weiter zu nutzen zahlte die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) weiter Miete für den Leerstand und verlängerte den Mietvertrag nach einem Jahr nicht.
Um den Leerstand öffentlichkeitswirksam zu verwalten, heißt es in der Folgezeit, es solle ein StudentInnenwohnheim in der Ottersbekallee entstehen.
Das ist konsequente Politik der Vertreibung von Flüchtlingen. Es trifft gleichermaßen alle, die sich keine Eigentumswohnung kaufen oder die horrenden Mieten nicht mehr bezahlen können.
Die Besetzung dauerte insgesamt 3 Stunden. Der Versuch des Oberbullen der Revierwache Grundstraße, Söhtje das Haus im Alleingang räumen zu wollen scheiterte daran, das er sich die Hand an der Haustür einklemmte als diese von innen zugetreten wurde um ihm den Zutritt zu verwehren. Das angekarrte Räumkommando fand dann nur noch ein leeres Haus vor.

Norderstedt

Am 11.6. wurde in Norderstedt das Haus Bahnhofstraße 57 für einen Tag besetzt.
Die BesetzerInnen wollten mit der Aktion ihrer Forderung nach bezahlbarem Wohnraum und nach einem sozialem Zentrum in Norderstedt Nachdruck verleihen.
Faschisten aus Norderstedt fuhren am Tag der Besetzung in regelmäßigen Abständen an der Bahnhofstraße vorbei, ein befürchteter Angriff auf das Haus blieb jedoch aus.

- Bezahlbarer Wohnraum für Alle !
- Kein Neubau von luxuriösen Eigentumswohnungen
- Für ein soziales Zentrum in Norderstedt

Kreuzberg

Verlaß auf den Staat ist tödlich - Angela und Dario S. + 19.6.93

In der Nacht von Freitag auf Samstag (18/19.6) sind eine 29-jährige Frau und ihr zweijähriger Sohn Opfer einer Brandstiftung in der Blücherstraße 31 (1/61) geworden. Der Brand, der im Keller gelegt wurde und vermutlich einem kurdischem Restaurant im Vorderhaus galt, griff auf den Seitenflügel des Gebäudes über. Während die übrigen HausbewohnerInnen von der Feuerwehr gerettet werden konnten, starben Angela S. und ihr Sohn Dario an Rauchvergiftung. In unmittelbarer Nähe des Hauses, im Treppenflur und im Hof wurden Hakenkreuzschmierereien gefunden.
Die Polizei ermittelt wegen Brandstiftung. Über einen eventuellen faschistischen oder rassistischen Hintergrund schweigt sie sich aus. Auch den Medien war der Brandanschlag mit Todesfolge am Samstag keine Nachricht wert. Ihre Ignoranz und Gleichgültigkeit trägt dazu bei, daß tödliche Anschläge zum Alltag werden.
Wir wissen bisher nicht, wer die Täter sind. Wir wissen jedoch sehr wohl, daß wir uns nicht auf Polizei und andere staatliche Institutionen verlassen können. Die Propagandalügen der Bonner und Berliner BrandstifterInnen haben wir satt. Sie sind es, die erst das Klima geschaffen haben, in dem rassistische Überfälle und Gewalt gegen "Andere" zur deutschen Normalität geworden sind.
Die PolitikerInnen haben jahrelang versucht, uns - ImmigrantInnen, Deutsche, Flüchtlinge, TürkInnen, KurdInnen...- zu spalten. Wir lassen uns jedoch nicht für dumm verkaufen.

- Schließen wir uns zusammen in Hausgemeinschaften, Nachbarschaften, Betrieben, Schulen, Unis....überall !!
- Organisieren wir konkreten Schutz!! Auf den Staat können wir uns nicht verlassen !
- Wehren wir uns gegen jede Form von Nationalismus !
- Schluß mit dem rassistischen und faschistischen Terror !
- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen !

19.6. Brandanschlag in Berlin
Faschisten ermorden Frau + Kind

Frauenbauwagenplatz

Frauenbauwagenplatz Brunnenstraße 73

Der seit über 6 Jahren bestehende Bauwagenplatz ist akut von Räumung bedroht! Im Konflikt zwischen der Genossenschaft, die im Februar das Grundstück vom Bezirk erwarb, und den Wagenbewohnerinnen, zeigt sich wieder einmal die Strategie der HERRschenden, soziale Projekte gegeneinander auszuspielen. Um den Platz nicht selber räumen zu müssen, verkauft ihn die Stadt an eine Wohnungsbaugenossenschaft, die auch noch damit wirbt, Wohnraum für sozial benachteiligte Menschen zu schaffen. Beide Projekte haben selbstverständlich ihre Berechtigung; nur der Bauwagenplatz war eben 4 Jahre früher da! Und während dieser Zeit hat sich hier ein Lebensraum entwickelt, der nicht so einfach zerstört werden darf. In diesem Zusammenhang ist es unerträglich, daß diese Genossenschaft der staatlichen Vertreibungspolitik Schützenhilfe leistet

Keine Räumung des Bauwagenplatzes!!

Biji Kurdistan

Zur Situation in Kurdistan :

Am 24. Juni gab es europaweit Aktionen von KurdInnen um die Öffentlichkeit auf die Situation in Kurdistan, besonders in Türkisch-Kurdistan aufmerksam zu machen, wo die türkische Armee ihren Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk intensiviert hat. In München und Marseille gab es Botschaftsbesetzungen, in vielen westeuropäischen Städten Demonstrationen vor Botschaften und gezielte Angriffe auf türkische Banken und Reisebüros.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker gilt auch für Kurdistan! Stoppt den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk! Keine Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes! Keine Auslieferung von KurdInnen an den türkischen Staat !!

BUCHTIPS

Jeanette Winterson
Auf den Körper geschrieben
Fischer 1993; 36,-

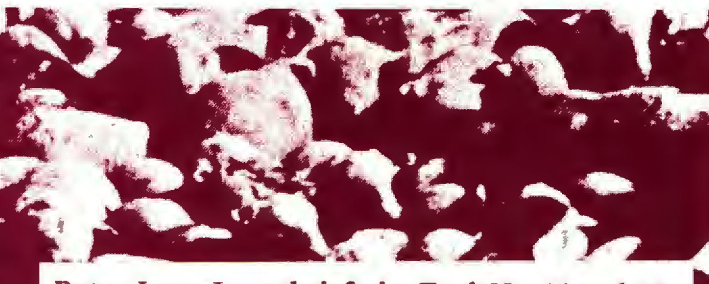
Jäger, Link (Hrsg.)
Die vierte Gewalt, Rassismus in den Medien
Diss-Studien 1993; 29,80

Annas, Christoph (Hrsg.)
Neue Soundtracks für den Volksempfänger
Nazirock, Jugendkultur und rechter Mainstream
ID-Archiv 1993; 22,-

Sierck, Danquart (Hrsg.)
Der Pannwitzblick
Wie Gewalt gegen Behinderte entsteht
Libertäre Assoziation 1993; 18,-

LeserInnenbriefe





Betr.: LeserInnenbriefe im Zeck Nr. 14 und 15

Im Zeck Nr.14 war ein Leserbrief (oder sollte es eine mißlungene satirische. Betrachtung gewesen sein?) von "einigen Vertretern der Gruppe für die antiimperialistische Revolution in den Metropolen sofort/notfalls auch alleine, (FaRMs/wnaa)" zu lesen, in dem u.a. die vegane Vokü in der Flora beschrieben wird " (...) als Ausdruck für die Abwendung vom internationalen Befreiungskampf hin zu metropolenzentrierter Öko-Ernährungsesoterik Philosophie (...)". Schon damals ist uns diese Arroganz, die den Leuten, die die Vokü betreiben, jegliches politisches Bewußtsein abspricht, aufgestoßen. Vegan leben heißt nicht auf dem unpolitischen, individualistischen Selbsterfahrungstrip sein, sondern ist für uns eine Konsequenz, um die Utopie einer HERRschaftsfreien Gesellschaft zu verwirklichen. Was uns jetzt dazu veranlaßt, uns zu äußern hat auch nur mittelbar mit dem erwähnten Brief zu tun. Vielmehr ist das Verhalten der Zeck-"Red." der Auslöser. In der letzten Ausgabe, Nr. 15, war eine Stellungnahme der TAN zu o.g. Leserbrief, die von der "Red." mit Kommentaren, wie "Die Meinung des Monats Mai - der wahrlich großartige LeserInnenbrief von TAN" und "Dieser LeserInnenbrief wird mit dem Bernhard-Grizmek-Gedächtnis-Preis ausgezeichnet" versehen wurde. Mal abgesehen davon was die inhaltliche Kritik auch immer sein mag, ist es ja wohl ein völlig beschissener Umgang LeserInnenbriefe auf so einer platten, blöden Spruchebene zu kommentieren. Wir finden es generell daneben, wenn Leute,die in einer Redaktion sitzen, also "das letzte Wort haben", ihre Machtposition ausnutzen. Wenn das dann auch auf einem solchen Niveau abläuft, ist das umso bitterer, weil es noch nicht einmal um eine Auseinandersetzung geht sondern nur um billige Anmache! Darüberhinaus dürfte es auch kein Zufall sein,daß ausgerechnet der Brief von TAN kommentiert wird (interne Flora-Auseinandersetzung?). Die Erfahrungen in und mit der "Szene" zeigen allzu häufig, daß vegane Politik in der Regel nicht ernst genommen wird. Unbequem wohl dadurch, daß die eigene Lebensweise hinterfragt werden könnten und die Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären,sich nicht so leicht als "Lippenbekenntnisse" durchführen lassen.

Wir fordern von den Leuten in der Zeck, die sich "die Red." nennen,ihre dummen Kommentare und Seitenhiebe sein zu lassen! Die verschiedenen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung gleichwertig bekämpfen!

Vegane (Vokü) Gruppe im KSK, 15.06.93

LESERBRIEF

wg. Rape!

In letzter Zeit taucht an vielen Stellen im Schanzenviertel und auf St. Pauli mit Edding geschrieben das Wort "rape!" auf.
("rape" ist englisch und heißt Vergewaltigung, "to rape" ist das Verb und "rape" mit einem ! dahinter ist die Befehlsform dieses Verbs. Also, "rape!" heißt zu deutsch: vergewaltige!)
Erstmal stand ich entsetzt und fassungslos davor, und das ging auch nicht weg, als ich dann gehört habe, daß es ein Bandname sein soll. Der Name solle provozieren und auf die allumfassende "Vergewaltigung" der Menschen insgesamt durch Staat, Kapital, usw anspielen.
Solche und andere Sprachbilder, wie z.B. die Menschheit vergewaltige die Natur, oder ähnliches, kotzen mich an, da sie den Begriff, der den direktesten und brutalsten Ausdruck männlicher Gewalt gegenüber Frauen beschreibt, verharmlosen.
In einem sowieso schon sexistisch geprägten Straßenbild ist "rape!" keine Provokation, sondern selbst ein Angriff.
Ich hoffe, die Band macht sich mal Gedanken über ihren "kultigen" Namen und darüber, wer die Opfer ihrer "Provokation" sind.
Außerdem hoffe ich, daß sie ihre Scheiße selbst übersprühen, bevor das andere machen müssen, und daß sie nicht vorhaben, in der Flora oder ähnlichen Orten zu spielen.
Ein Mann aus dem Viertel.



Todesstrafe in den USA

Der folgende Text ist von einer Einzelperson geschrieben worden und befasst sich mit der Situation von Gary Graham. Graham wurde 1981 in Texas, USA zum Tode verurteilt und sitzt seit dem im Gefängnis. Der Text ist aktuell, da Graham Ende Juni '93 hingerichtet werden soll, jedoch einen vierwöchigen Hinrichtungaufschub bekam und in diesen Tagen entschieden wird ob das Urteil vollstreckt oder der Fall neu aufgerollt wird. Schafft Öffentlichkeit, schreibt Gary Graham!



Im März '81 wird bei einem Raubüberfall ein Mann erschossen, ein Weißer. Eine Frau will für den "Bruchteil einer Sekunde" den Täter gesehen haben, den sie später nicht auf einem Foto identifizieren kann. Bei einer Gegenüberstellung vermutet sie den Täter in Gary Graham. Gary Graham ist schwarz und arm.

Obwohl 2 Zeugen, welche dichter am Tatort waren als die Frau, Gary Graham nicht identifizieren konnten, wurde Graham im November 81 für schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

Graham bestreitet die Tat begangen zu haben. Kurz nach der Verurteilung legten 4 Personen eine Eidesstattliche Erklärung ab, zum Tatzeitpunkt mit Graham zusammen gewesen zu sein.

Trotz neuer Indizien für eine "mögliche" Unschuld Grahams wurde der Fall nicht neu aufgerollt.

Seine (Pflicht-) Verteidiger sind während des Prozesses entlastenden Beweismitteln entweder nicht nachgegangen oder haben es versäumt diese dem Gericht vorzulegen. Auch wurde auf eine Reihe von psychologischen Tests verzichtet.

Nach der Verurteilung ergab eine Untersuchung den Verdacht auf Hirnschäden, welche wahrscheinlich auf mehrere Kopfverletzungen während der Kindheit Grahams zurückzuführen sind.

Eine Berufung vor dem obersten Bundesgerichtshof der USA im Januar 93 blieb ohne Erfolg.

Die Kläger hatten argumentiert, die Todesstrafe in Texas sei verfassungswidrig, da sie der Jury (Geschworenen) nicht erlaubt beim Urteil die Minderjährigkeit als strafmildernden Umstand anzuerkennen.

Graham war zum Zeitpunkt der Tat 17 Jahre alt !

Er sollte am 29. April 93 hingerichtet werden. Genau 7 Stunden vor der Execution erhält Gary Graham einen 4 - wöchigen Hinrichtungsaufschub. Zu diesem Zeitpunkt hatte seine "Todeswache" schon begonnen.

Die Strafvollzugsbehörde des Bundesstaates Texas schreibt bei einer Hinrichtung durch Injektion eines tödlichen Giftes vor, daß der Verurteilte nicht später als 24 Stunden vor der Execution in den Trakt verlegt wird, in dem das Urteil vollstreckt wird. Der Gefangene unterliegt in dieser Phase permanenter Überwachung; am Executionstag erhält er zwischehn 6.30 h und 7.30 h seine Henkersmahlzeit. Danach muß er sich duschen und die Hinrichtungskleidung anlegen. Um Mitternacht wird er aus der Einzelzelle abgeführt und auf eine fahrbare Krankenhausbahre geschnallt, auf der er dann in die Hinrichtungszelle geschoben wird.

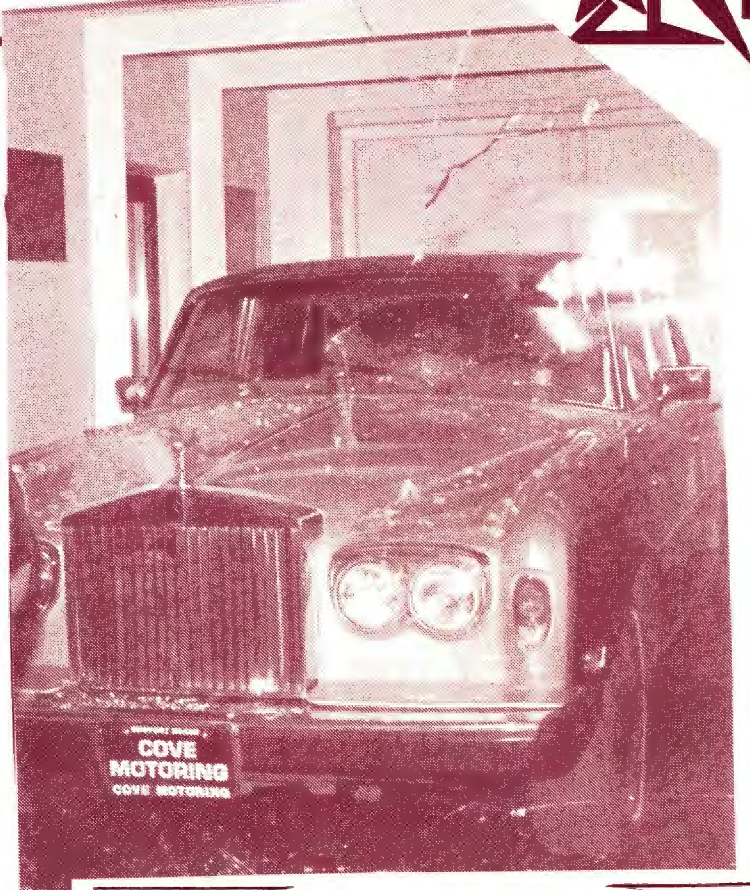
So wurde in den USA (in anderen Bundesstaaten andere Hinrichtungsmethoden) - seit 1976 durch eine Entscheidung des Obersten Bundesgerichtshofes wieder ermöglicht - 201 mal (Stand : Mai`93) perfekt gemordet und grausam psychisch gefoltert.

Im Zusatzartikel zur US-Verfassung steht, daß weder grausame noch ungewöhnliche Strafen verhängt werden dürfen. Die Todesstrafe ist eine grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe, die darüberhinaus willkürlich, rassistisch diskriminierend und unfair angewand wird.

Mit der Verhängung der Todesstrafe fallen die USA noch hinter die selbstgesetzten Maßstäbe zurück, insbesondere hinter die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UN.

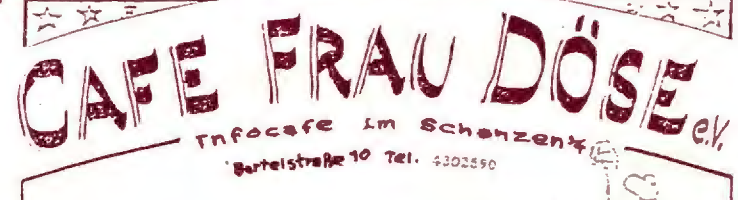
Gary Graham hat das Pech in einem der weltweit 7 Staaten zu leben in denen die Todesstrafe auch gegen (mutmaßliche) Straftäter in jugendlichem Alter verhängt werden kann.Es sind dies neben den USA Iran, Irak,(Barbados), Nigeria, Pakistan und Bangladesh.

Ende 92 saßen in 13 US-Staaten 34 Minderjährige in Todeszellen, 8 davon in Texas. 7 davon sind Schwarze oder hispanischer Herkunft. Der Bezirk in Texas, wo Garys Fall verhandelt wurde, ist für seine ungleiche



Behandlung von Afro-Amerikanern berüchtigt. 56% der dort zum Tode verurteilten sind Schwarze, nur etwa ein Drittel ist weißer Hautfarbe. Bei den Jugenlichen Opfern dieses Strafgerichtes liegt der Anteil bei 86%. Dabei liegt der Anteil von Amerikanern afrikanischer Abstammung in Texas bei nur 12%.
Die texanische Presse vergleicht den Fall immer wieder mit dem eines 18jährigen Weißen, der für die Beteiligung an einem Mord an einem Schwarzen mit einer Bewährungsstrafe davonkam.
Aus einer Studie in Texas geht hervor, das ein Schwarzer für einen, an einem Weißen begangenen Mord mit 6mal größerer Wahrscheinlichkeit zum Tode verurteilt wird, als ein Weißer, der einen Weißen tötet.
Die Todesstrafe trifft besonders arme Menschen, die sich keinen eigenen Rechtsanwalt leisten können. Die Pflichtverteidiger in Todesstrafenprozessen sind zumeist unerfahren und nehmen die Rechte der Verteidigung nur eingeschränkt war.
Ein Großteil der Betroffenen wäre mit einer Haftstrafe davongekommen, hätten sie über einen erfahrenen Rechtsanwalt verfügt.
Von 1976 bis heute wurden in den USA 201 Menschen legal getötet. 83% dieser Hingerichteten wurden exekutiert, weil ihnen die Ermordung eines Weißen zur Last gelegt wurde.
Mitte Januar 1993 befanden sich in den Todeszellen von insgesammt 36 US-Bundesstaaten 2676 Gefangene - davon 40% Scwarze, die in den USA einen Bevölkerungsanteil von 12% ausmachen.
Noch sitzt Gary Graham in seiner Todeszelle; ihm wurde ein weiterer Hinrichtungsaufschub gewährt. Jetzt wird innerhalb von 30 Tagen entschieden, ob ein neuer Hinrichtungstermin angesetzt wird, oder ob das Verfahren neu aufgerollt wird.
Hoffnung bleibt keine, bei einem Präsidenten, der als Gouverneur für Todesurteile mitverantwortlich zu machen war.
Bleibt der Kampf für Menschenrechte!!!

Gary T. Graham
Texas Death Row 696
Ellis One Unit
Hundsville
Texas 77343
USA



Montag 18 - 20 Uhr jeden 2. im Monat
Sucht - Cafe (Palette)

Dienstag 17 - 22 Uhr Männercafe

Mittwoch 20 Uhr " Augen auf "
Antirassistisches- Ausstellungsprojekt
Info's und offen für Alle

Donnerstag geschlossen

Freitag 15 - spät Uhr Cafe jeden 1. im Monat
15 - 20 Uhr Cafe jeden 3. im Monat

Samstag 21 - 2 Uhr Kneipe

Sonntag 11 - 20 Uhr Frühstück und Cafe

Das Cafe Döse wird seit mehreren Jahren von verschiedenen Menschen getragen.
Damit es weiter existieren kann, und wieder mit mehr Schwung, suchen wir **dringend** noch Menschen die Cafe - Schichten übernehmen.
Außerdem ist noch Platz für abendliche Gruppentreffen.
Kommt auf's nächste Plenum am 5. 7.

Termine im Juli '93



ROTE FLORA IM JULI

2.7. Konzert: Di Iries und Dubble Standart (Österreich), große Halle 20.00
3.7. Dub Conference, große Halle 19.00-1.00
4.7. Vollmondorchester, große Halle 21.00
7.7. Veranstaltung zu Uruguay (Uhrzeit noch nicht klar)
10.7. Tuntenterror große Halle, 21.00
31.7. Konzert: Sabot (San Francisco) und Econochrist, große Halle, 21.00
2.8. Vollmondorchester, große Halle 21.00

WEITERE VERANSTALTUNGEN IM JULI UND AUGUST

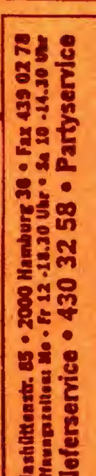
3.7. B-Movie im Donnerpark (oberhalb der Flüchtlingsschiffe in Neumühlen, Beginn jeweils bei Einbruch der Dunkelheit, ca. 22.00): Sidewalk Stories (USA 1989)
4.7. Konzert im Störtebeker: Boxhamsters (Gießen) und But Alive (HH), 21.00 Zwei wichtige Bands im Jugendzentrum Störtebeker. Fishcore sagen erstmal Tschüß, wegen der obligaten Sommerpause und zur Überarbeitung des Konzeptes. Kommt alle zum Winken und Pogo tanzen!
10.7. B-Movie im Donnerpark: Das Dschungelbuch, ca. 22.00
17.7. B-Movie im Donnerpark: Die Ferien des Mr. Hulot, ca. 22.00
24.7. B-Movie im Donnerpark: Charlie Chaplin: The Kid & The Tramp ca. 22.00
31.7. B-Movie im Donnerpark: Das Beste vom No-Budget-Festival, ca. 22.00

AKTIONEN/DEMONSTRATIONEN

5.7. Prozess gegen einen totalen Kriegsdienstverweigerer, Amtsgericht Altona, Max-Brauer-Allee 91, Raum 101, 13.00
10.7. Demo gegen die deutsche Meisterschaft im Military in Luhmühlen. Treffen HH: 7.30 Sternschanze, 9.00 Luhmühlen vor "Horse & Ride". Vorbereitungstreffen für Hamburg: Rote Flora, 2. Juli um 18.30

B-MOVIE IM AUGUST

Freilichtkino im August-Lüdgens-Park beim Haus 3, Beginn ca. 22.00:
7.8. Der Willi-Busch-Report
14.8. Kleine Fluchten
21.8. Herrenpartie
28.8. Schattenboxer











ÜBERNACHTUNGS UND GASTHAUS GMBH

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN........

53 Betten in Ein-,Zwei- und Vier-Bett-Zimmern.

Behindertengerechte Duschen und Toiletten.

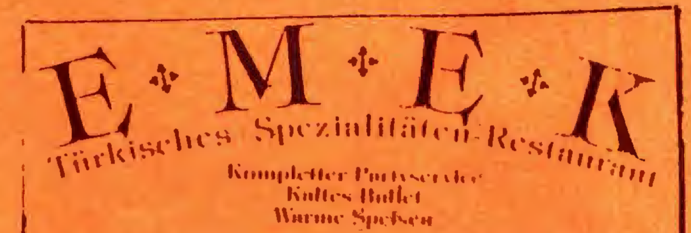
Gruppenraum von 30 qm.

Restaurant / Cafe im Erdgeschoß.

Frühstücksbüffet

Bartelsstr.12 2000 Hamburg 36
Tel. 040/ 4398441











KOPIERLADEN
IM SCHANZENVIERTEL



Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Zauberartikel,
Schreibwaren
Nacht und Wochenend
Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9 - 18.30 Uhr
Sa 10 - 14 Uhr







Das Info aus der Flora

Nummer 16, Juli 1993

STÄNDIGE TERMINE IN DER ROTEN FLORA

Mo 16.00 - 19.00 Archiv der sozialen Bewegungen
Foto-Archiv
17.00 - 20.00 Motorradgruppe
19.00 Vokü (unregelmäßig)
Di 16.00 - 18.00 Veranstaltungsgruppen-sprechstunde
20.00 Radio St.Paula
(Plenum, nur für Frauen)
Mi 16.00 - 19.00 Archiv der sozialen Bewegungen
Foto Archiv
16.00 - 20.00 Häusercafé
jeden 1. Mittwoch im Monat: offenes Treffen der
21.00 Antifa- Schanzenviertel
Do 16.00 - 21.00 Info-Café
18.30 Vokü
17.00 - 19.00 Druck-Offset-Gruppe
Fr 19.00 Vokü
Sa 16.00 -19.00 Fahrrad- Selbsthilfe
So 19.00 alle 14 Tage vegane Vokü

ADRESSEN

Rote Flora: Schulterblatt 71, 2000 Hamburg 36 Tel.4395413
B5: Brigittenstr.5, 2HH 36
Klausstraße: Klausstr. 12-16, 2HH50
LIZ (Libertäres Zentrum): Lagerstr. 27, 2HH36 Tel.4301396
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 2HH36 Tel.446095
EA: 4305892, Kontakt: Schwarzmarkt, montags 12-18 Uhr
Störtebeker: Bernhard-Nocht-Str., 2HH36
Tante Hermine, Hafen Vokü, Ahoi: Hafenstr., 2HH36
Café Frau Döse: Bartelsstr.10, 2HH36 TEL.4302590
Turm: Bergiusstr.12, 2HH50
Jäpa: Wohlwillstr.22 (Hinterhof Jägerpassage), 2HH36
B-Movie: Brigittenstr.5, 2HH36
Haus 3: Hospitalstr.107, 2HH50
KSK: Kleiner Schäferkamp 46 ,2HH36
Café und Buch: Marktstr. 114, 2HH36
Antirassistisches Telefon: 431587

Der Donnerstagstermin vom Archiv fällt bis auf weiteres aus.

